

Abgrenzung oder Assimilation

Überlegungen zum Wandel der deutschbaltischen Ideologien
1918–1939 anhand der „Baltischen Monatsschrift“

von

David Feest

So laßt uns noch einmal den Schwur der Treue
Mit Flammenschrift in unsre Herzen schreiben
Und jeder Not entgegen schall aufs neue:
Wir bleiben! (1911)

Die deutschen Volksgruppen in Estland und
Lettland sind vom Führer Großdeutschlands
zur Erfüllung neuer Aufgaben berufen worden.
Wir folgen dem Ruf. (1939)¹

Als vom 18. Oktober bis zum 15. Dezember 1939 52583 lettländische und rund 13700 estländische Deutsche² ihre Heimat verließen, um sich, dem „Ruf des Führers“ entsprechend, im von Hitlerdeutschland besetzten „Warthegau“ ansiedeln zu lassen, war die Geschichte der Deutschen im baltischen Raum praktisch beendet. Die Minderheit wurde damit wesentlich verkleinert, ihre Lebensbedingungen in den souveränen baltischen Kleinstaaten waren erheblich verändert. Doch auch deren Tage waren bereits gezählt. Die sowjetische Okkupation ab 1940 schuf völlig neue Umstände, welche 17500 weitere Deutschbalten und Andersnationale mit deutscher Abstammung dazu bewogen, im Winter 1940/41 als sogenannte „Nachumsiedler“ den „Erstumsiedlern“ zu folgen.³ Während diese jedoch ohne Einschränkung als Flüchtlinge vor dem Bolschewismus verstanden werden müssen, sind die Motive der Erstumsiedler umstritten. Die Republiken Estland und Lettland hatten sich 1939 vertraglich verpflichtet, die Umsiedler aus ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit zu entlassen, übten aber keinerlei Druck aus. Für die Betroffenen handelte es sich also um eine subjektive Entscheidung, die freilich vor dem Hintergrund der von sowjetischer Seite erzwungenen Stützpunktverträge mit Estland und Lettland gesehen werden muß⁴, welche schon eine weitere Expansion befürchten ließen.

1) Zit. nach: HANS VON RIMSCHA: Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Lettland und Estland im Jahre 1939, Hannover-Döhren 1958, S. 12 u. 25.

2) Zahlen nach: GERT VON PISTOHLKORS: Estland, Lettland und Litauen 1920–1940, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von WOLFRAM FISCHER, Bd. 6, Stuttgart 1987, S. 729–768, hier S. 736.

3) Vgl. JÜRGEN VON HEHN: Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte, Marburg a. d. L. 1984, S. 190.

4) Vgl. GEORG VON RAUCH: Geschichte der baltischen Staaten, Stuttgart u. a. 1970, S. 177f.

Dietrich A. Loeber unterscheidet zwischen zwei Auffassungen, die 1939 unter Umsiedlungsbereiten Deutschbalten herrschten: Für die einen handelte es sich um eine Auswanderung, eine vom „Dritten Reich“ organisierte „Rettung“ vor der ihre Einflußansprüche in den baltischen Staaten bedrohlich ausweitenden Sowjetunion. Den Umsiedlern war dabei noch unbekannt, daß deren kurze Zeit später tatsächlich erfolgende Annexion erst durch das Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes ermöglicht worden war. Die anderen jedoch faßten die Umsiedlungsaktion als eine Einwanderung auf, als „Osteinsatz“, zu dem der „Führer“ sie von ihrem Posten „abberufen“ hatte.⁵ Obwohl letztere Interpretation wegen des Paktes mit der Sowjetunion die propagandistisch gebotene „amtliche Variante“ darstellte, die Umsiedler dementsprechend in offiziellen Dokumenten nicht als „Flüchtlinge“ bezeichnet werden durften⁶, wäre es übereilt, jegliche Loyalitätsbekundung dem „Reich“ gegenüber als reine Propaganda abzutun. Selbst bei Angehörigen der älteren Generation, die der est- und lettländischen nationalsozialistischen Partei vielfach sehr ablehnend gegenüberstanden, gab es eine Haltung, die Hans von Rimscha rückblickend als „Reichssehnsucht“ charakterisierte.⁷ Sie stand im Widerspruch zu der traditionell stark ausgeprägten Heimatverbundenheit der Deutschbalten. Obwohl v. Rimschas Interpretation der Umsiedlung als eine in erster Linie im Sinne der genannten Auswanderung motivierte Aktion mit einigem Recht kritisiert worden ist⁸, zeigt auch die Betrachtung eines längeren Zeitraumes vor der Umsiedlung einige wesentliche Verschiebungen im baltischen Selbstverständnis, die der „Deutschland-Orientierung“⁹ neue Akzente verliehen.

Der vorliegende Aufsatz hat zum Ziel, eben jene Veränderung der deutschbaltischen Identifikationsmuster zwischen 1918 und 1939 zu untersuchen, welche die Befolgung der Umsiedlungsaufforderung zwar nicht monokausal erklären kann, sie jedoch sicher in vielen Fällen sehr erleichterte. Wie aber kam es zu dieser „Umorientierung“? Eine Reihe von Gründen sind in den äußeren Umständen zu suchen, mit denen sich die Deutschbalten in den neugeschaffene-

5) Vgl. DIETRICH A. LOEBER: Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und Lettland, 1939–1941, Dokumentation zusammengestellt und eingeleitet von DIETRICH A. LOEBER, Neumünster 1972, S. (49).

6) Vgl. ebenda, S. 139.

7) v. RIMSCHA, Die Umsiedlung der Deutschbalten (wie Anm. 1), S. 20.

8) Vgl. WILHELM BARON WRANGELL: Die Vorgeschichte der Umsiedlung der Deutschen aus Estland, in: Baltische Hefte 4 (1958), S. 124–165; HELLMUTH WEISS: Die Umsiedlung der Deutschen aus Estland, in: Jb. des baltischen Deutschtums (1964), S. 72–79; WILHELM LENZ: Die Umsiedlung der Deutschen aus Lettland, in: ebenda, S. 80–87; HELLMUTH WEISS: Zur Umsiedlung der Deutschen aus Estland 1939–1941, in: ZfO 39 (1990), S. 481–502.

9) v. PISTOHLKORS schreibt für die Zeit ab 1905 von „Deutschland-Orientierung“, vgl. GERT VON PISTOHLKORS: Die Ostseeprovinzen unter russischer Herrschaft (1710/95–1914), in: Baltische Länder, hrsg. von GERT VON PISTOHLKORS (Deutsche Geschichte im Osten Europas), Berlin 1994, S. 266–450, hier S. 435 ff.

nen Nationalstaaten Estland und Lettland konfrontiert sahen und die im Laufe des Textes erwähnt werden sollen. Da jedoch weder politische Gründe – die Deutschbalten genossen in Lettland und Estland den ausgedehntesten Minderheitenschutz Europas – noch wirtschaftliche Gründe als Erklärung hinreichen, erscheint es gerechtfertigt, das kausale Feld anders anzulegen und das Phänomen im wesentlichen auf einer *m e n t a l e n* Ebene zu erforschen. Es soll untersucht werden, wie sich die Transformation altbaltischer Ideologien zu einer auf Großdeutschland fixierten „Reichssehnsucht“ oder einem nationalsozialistischen Führerkult vollziehen konnte.

Natürlich führen Ideologien kein von sozialen Gegebenheiten losgelöstes Eigenleben. Doch können auch die Veränderungen der sozialen Bedingungen niemals hinreichende Erklärungen für den Veränderungsverlauf bestimmter Ideologien bieten, denn dieser setzt immer auch eine bestimmte geistige Disposition voraus, eine bestimmte Anzahl Grundüberzeugungen, die den Übergang von einer Ideologie zu einer andern ermöglichen oder verhindern. Im Folgenden sollen also einige altbaltische Denkmuster und Ideologien dargestellt und es soll gezeigt werden, wie entweder in ihnen oder durch ihre Veränderung ein Übergang von einem konservativen politischen Denken baltischer Prägung zu großdeutschen und in vielen Fällen nationalsozialistischen Ideologien möglich war.

Dabei kommen zwei Ansätze zur Anwendung. Zum einen soll thematisiert werden, was bei den ideologischen Veränderungen das Bleibende war. Die Frage besteht genauer darin, welche Kategorien und Begriffsschemata den Ideologien zugrunde lagen, was das „geistige Werkzeug“¹⁰ war, die Grundmuster, außerhalb deren zu denken kaum möglich erschien. Bezüglich eines Ideologienwandels kann damit, bildlich gesprochen, die Schiene sichtbar werden, auf welcher er sich vollziehen konnte.

Bedenkt man jedoch das Ausmaß der ideologischen Veränderung im vorliegenden Fall, so greift dieser Ansatz zu kurz. Er soll ergänzt werden durch ein funktionales Ideologiemodell von Niklas Luhmann. Das Besondere an diesem Ansatz besteht darin, daß Luhmann Ideologien überhaupt nicht auf ihren ontologischen Wahrheitsgehalt hin überprüft, da er sie prinzipiell nicht für wahrheitsfähig hält. Vielmehr definiert er sie als rein funktionale Wertsysteme, die regeln, welche der unübersehbaren Menge von Handlungsfolgen Wertcharakter haben, also für eine moralische Bewertung der Handlung relevant sind. Die allgemeinste Funktion von Ideologien besteht darin, daß sie „die Möglichkeiten des Wirkens eingeengt, übersehbar, entscheidbar [machen]“.¹¹ Für die

10) Der Begriff „outillage mental“ stammt von Lucien Febvre und ist eng mit dem methodischen Ansatz der „Mentalitätengeschichte“ verknüpft, vgl. ROGER CHARTIER: Intellektuelle Geschichte und Geschichte der Mentalitäten, in: Mentalitäten-Geschichte, hrsg. von ULRICH RAULFF, Berlin 1989, S. 74.

11) Vgl. NIKLAS LUHMANN: Wahrheit und Ideologie, in: DERS.: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Bd. 1, Opladen 1974, S. 59.

Untersuchung einer einzelnen Ideologie muß der funktionale Fokus allerdings schärfer eingestellt und es muß dargestellt werden, welche konkreteren Funktionen jene in der Gesellschaft erfüllt. Das funktionale Modell hat für die vorliegende Fragestellung den Vorteil, daß ein Wandel von Ideologien in ihm nicht nur möglich, sondern sogar wesensmäßig verankert ist:

„Ein Denken ist ... ideologisch, wenn es in seiner Funktion, das Handeln zu orientieren und zu rechtfertigen, ersetzbar ist.“¹²

Ideologie ist damit nicht an sich kritikwürdig. Vielmehr erscheint eine Orientierung ohne ideologisches Denken gar nicht möglich.

Seit Hans Rothfels' Aufsatz über den baltischen Reichs-, Staats- und Nationsbegriff von 1930¹³ wurde das baltische Denken in keiner Arbeit mehr explizit thematisiert. Und da dieser weitestgehend auf das 19. Jahrhundert ausgerichtet ist, trägt er zu der Frage des Ideologienwandels in der Zwischenkriegszeit nichts bei. Fruchtbarer dafür ist – neben den auf andere Fragestellungen spezialisierten Darstellungen von Jürgen von Hehn¹⁴, Hans v. Rimscha¹⁵, Michael Garleff¹⁶ und Karl-Heinz Grundmann¹⁷ – ein Aufsatz Reinhard Wittrams über den Strukturwandel der deutschbaltischen Volksgruppen.¹⁸ Seine Darstellung vermittelt, ohne speziell ideologiegeschichtlich ausgerichtet zu sein, ein differenziertes Bild vom Ineinanderwirken sozialer und mentaler Wandlungen.

Als wichtigste Quelle dient die ab 1927 wieder erscheinende „Baltische Monatsschrift“ (ab 1932 „Baltische Monatshefte“), die Wittram von 1928 an redigierte. Die Entscheidung, ihr vor den ebenfalls gewichtigen „Jahrbüchern des baltischen Deutschtums“ den Vorzug zu geben, fiel wegen ihrer stärker kulturellen und geistesgeschichtlichen Ausrichtung. Da mit dieser Zeitschrift das Ziel verfolgt wurde, einen gesamt-baltischen Gedanken zu pflegen, bemühte man sich, möglichst viele Aspekte des geistigen Lebens zu erfassen. Sie war von dem Anspruch getragen, sich nicht an einen geschlossenen Leserkreis zu

12) Ebenda, S. 57.

13) HANS ROTHFELS: Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen Denken, (Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, 7. Jg., Geisteswiss. Klasse, H. 4), Halle 1930. Vgl. auch REINHARD WITTRAMS Rezension: Baltisches politisches Denken, in: Baltische Monatsschrift (weiterhin zit.: BM) 62 (1931), S. 248–251.

14) v. HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (wie Anm. 3).

15) v. RIMSCHA, Die Umsiedlung der Deutschbalten (wie Anm. 1).

16) MICHAEL GARLEFF: Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 2), Bonn-Bad Godesberg 1976.

17) KARL-HEINZ GRUNDMANN: Deutschtumspolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland (Beiträge zur baltischen Geschichte, 7), Hannover-Döhren 1977.

18) REINHARD WITTRAM: Rückblick auf den Strukturwandel der deutsch-baltischen Volksgruppen im letzten Jahrzehnt vor der Umsiedlung, in: Festschrift für Percy Ernst Schramm zu seinem siebzigsten Geburtstag von Freunden und Schülern zugeeignet, Bd. 2, Wiesbaden 1964, S. 231–250.

wenden, sondern „den Blick für die Manigfaltigkeit der baltischen Überlieferung nicht zu verlieren“ und „Spiegel des baltischen politischen und geistigen Lebens [zu] sein“. ¹⁹ Auf diese Weise bietet sie bis zur Gleichschaltung 1933 ein recht breites Bild der weltanschaulichen Auseinandersetzungen innerhalb der deutschbaltischen Minderheit und kann für die Zeit danach helfen, die spezifisch baltische Auffassung des Nationalsozialismus zu verdeutlichen.

Daß Wittram selbst viele der Beiträge verfaßte, ist dabei kein Nachteil. Seine prägnanten Zusammenfassungen der geführten Diskussionen geben häufig die herrschenden Meinungen wieder, heben sich aber durch pointiertere Darstellung sowie scharfsinnigere Typisierungen von vielen anderen Beiträgen stark ab. In Frage gestellt werden muß dagegen die Behauptung, die Zeitschrift habe die gesamte deutsche Minderheit repräsentiert. Nationales Geistesleben wurde hier nicht nur beschrieben, sondern auch beschworen. In dieser Betonung speziell baltischer sowie nationaler deutscher Grundsätze und Werte ist immer auch eine Reaktion auf jene Angehörigen der Minderheit zu sehen, die sich insbesondere in den Städten den neuen Bedingungen anpaßten und damit in den Augen konservativ oder national gesinnter Balten der Assimilation und „Entnationalisierung“ anheimfielen. Da deren Verhältnis zu dem deutschbaltischen Minderheitenstatus jedoch unproblematisch war, bedurfte es für sie keines Sprachrohrs. Ihre Haltungen und Meinungen sind daher weitaus dürftiger, in der „Baltischen Monatsschrift“ überhaupt nicht dokumentiert. Hinzu kommt, daß sich der Kreis um Wittram in Riga zum einen besonders aus jungen Männern zusammensetzte, zum anderen städtisch geprägt war. Die Bereitschaft der „jungen Balten“, altbaltische Ideologien aufzugeben oder neu zu interpretieren, muß als größer eingestuft werden als bei den konservativen, insbesondere aber den noch auf dem Lande verbliebenen Balten. Gerade der Übergang zu nationalem Gedankengut ist, wie noch zu zeigen sein wird, von der Urbanisierung kaum zu trennen. Bei allen Ansprüchen der Vielseitigkeit blieb die Auswahl der Beiträge von der „jungbaltischen“ und „jungkonservativen“ Herkunft der Monatsschrift nicht unbeeinflusst.

1. Volkstums- und Minderheitentheorien

Der Ideologienwandel der Deutschbalten muß in einem europäischen Kontext betrachtet werden, der neue Konzepte geradezu erzwang. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und den aus ihm resultierenden Grenzverschiebungen wurde die reichsdeutsche Bevölkerung aus der Geborgenheit des Nationalstaates herausgerissen, der seit 1871 existiert hatte. Die verhältnismäßige Schwäche der jungen Republik führte zu einer Suche nach neuen Identifikationsmöglichkeiten. Sie hatte für viele zum Ergebnis, daß sie von rein etatisti-

19) REINHARD WITTRAM: Die Baltische Monatsschrift und ihre Leser, in: BM 62 (1931), S. 677.

schen Kategorien Abstand nahmen und sich als Teil einer größeren, außerstaatlichen Einheit begriffen. Diese Funktion konnte das „deutsche Volk“ aber nur in dem Maße übernehmen, in dem sich die Überzeugung durchsetzte, „dass die Träger des geschichtlichen Geschehens die Völker sind“.²⁰ Die Hinwendung zum Volkstum läßt sich also mit der Kompensation des Verlustes ehemaliger staatlicher Größe allein nicht erklären, sondern setzte auch eine grundsätzliche Änderung der Perspektive voraus, aus der Geschichte betrachtet wurde.²¹ Für die Auslandsdeutschen hatte diese Identifikationsmöglichkeit den Vorteil, daß wegen der heterogenen Siedlungslage insbesondere in Osteuropa reine Nationalstaaten nicht zu verwirklichen waren. Zudem konnte durch die Abkehr vom Staat als der für die Gemeinschaft wesentlichen Form den „rein willkürlichen“ Grenzbestimmungen der Pariser Friedenskonferenz ein scheinbar objektives Konzept des „Volkes“ entgegengestellt werden. Der Begriff des Volkes, des „ethnos“, wurde aus seiner Verbindung mit der Entwicklung des Staatsvolkes, des „demos“, herausgelöst und durch allgemeinere Bestimmungen wie „einen im weitesten Sinne geistigen Zusammenhang, eine relative ‚Artähnlichkeit‘“²² definiert. Als Unterschied von völkischem zu nationalistischem Denken sah man dementsprechend die Tatsache an, daß nur die Nation staatliche Formen anstrebe, in einem Volk aber lediglich der normative Aspekt der Gemeinschaftsbildung wirksam werde.²³ Der ebenfalls aus dem baltischen Raum stammende Max Hildebert Boehm schrieb von einer „ethnopathetischen Haltung“ in Absetzung zu dem „ethnokratischen Prinzip des Nationalismus“²⁴: Das „eigenständige Volk“ sollte als *e t h n o s* sowohl der Rasse als auch dem *d e m o s* und der *n a t i o* als unabhängige Kategorie gegenüberstehen.

Existierte das Volk als eigenständige Größe neben dem Staat, so konnten Volks- und Staatsinteressen zueinander im Widerspruch stehen. Volkstums- und Minderheitenpolitik blieben daher immer eng miteinander verknüpft. Um Konflikte zu vermeiden, schlossen 1919 die alliierten und assoziierten Haupt-

20) REINHARD WITTRAM: Die Wendung zur Volksgeschichte, in: BM 47 (1936), S. 566–571, hier S. 566.

21) Daß dieser „Paradigmenwechsel“ durchaus fruchtbare Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung der 20er Jahre hatte, zeigt WILLI OBERKRONE: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft, Göttingen 1993.

22) MAX HILDEBERT BOEHM: Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften, Göttingen 1932, S. 38. Die undeutliche Formulierung mag als Beispiel dafür gelten, wie der Charakter des Volksbegriffes als Konstruktionsbegriff zwar nicht explizit behauptet, aber auch noch nicht bestritten wurde. Ganz anders vier Jahre später in: DERS.: ABC der Volkstumskunde. Der Begriffsschatz der deutschen Volkslehre für Jedermann, Potsdam 1936, S. 82, wo objektivierend der Blutsbegriff hinzukommt.

23) Vgl. BOEHM, Das eigenständige Volk, S. 38.

24) Ebenda, S. 39.

mächte²⁵ der Pariser Friedenskonferenz bilaterale Verträge mit den jeweiligen in Ostmitteleuropa neu entstandenen bzw. vergrößerten Staaten²⁶ ab, in denen die grundlegenden Rechte der sprachlichen, religiösen und nationalen Minderheiten festgelegt wurden. Sie sollten durch den Genfer Völkerbund überwacht werden. In den Vertragstexten wurden dabei Formulierungen, die eine Verpflichtung zur Gewährung weitestgehender Autonomie für eine Volksgruppe nahelegten, vermieden. Man beschränkte sich hier auf den Schutz von Personen, die sich nach Sprache, Glaubensbekenntnis oder Volkstum von der Mehrheit der Einwohner unterschieden.²⁷

Die Betonung des Volkstums als letzte Größe ließ neben separatistischen Bewegungen ein neues Problem aufkommen: Irredentistische Bestrebungen waren nicht mehr notwendigerweise auf Gebiete beschränkt, die dem alten Deutschen Reich angehört hatten, also Elsaß-Lothringen, Danzig, das Memelgebiet, Posen, Westpreußen, Pommerellen und das Hultschiner Ländchen. Vielmehr begannen, wie am Beispiel der Deutschbalten noch eingehend gezeigt werden soll, auch deutschsprachige Minderheiten in der „Diaspora“ sich als Splittergruppen des großdeutschen Volkes zu betrachten. Wittram schrieb rückblickend programmatisch:

„Die provinzielle Betrachtungsweise wird von einer ganzheitlich völkischen überwunden, die Volksgruppe ist nicht mehr eine mehr oder weniger abgeschlossene Welt für sich, sondern ein Teil des Gesamtvolkes.“²⁸

Unter diesen Voraussetzungen stellte sich die grundsätzliche Frage, wie es überhaupt möglich sein könne, nationale Minderheiten in Mehrvölkerstaaten zu integrieren, ihnen aber gleichzeitig in einer Weise gerecht zu werden, die sie nicht zu einem „Sprengstoff im staatlichen Gebilde“²⁹ machen mußte.

Als eine mögliche Lösung des Problems erschien das von dem österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner in Auseinandersetzung mit den Nationalitätenproblemen Österreich-Ungarns entworfene Konzept der Kulturautonomie. Renners Lehre war von zwei Grundgedanken geleitet. Zum einen postulierte er, daß die Souveränität der Nation niemals über der des Rechtes stehen dürfe, da dies einen reinen Rechtspositivismus nach sich zöge.³⁰ Damit steckte er einen Rahmen ab, innerhalb dessen die absolute Souve-

25) Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und USA.

26) Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Österreich, Ungarn, Bulgarien, nach 1920 auch die baltischen Staaten.

27) Vgl. BASTIAN SCHOT: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz, Marburg a. d. L. 1988, S. 6.

28) WITTRAM, Die Wendung zur Volksgeschichte (wie Anm. 20), S. 568.

29) GRUNDMANN, Deutschtumspolitik (wie Anm. 17), S. 46.

30) Vgl. KARL RENNER: Die Nation als Rechtsidee und die Internationale (Vorträge und Abhandlungen, 1), Wien 1914, S. 16. Vgl. auch: DERS. [unter dem Pseudonym Rudolf Springer]: Der Kampf der Oesterreichischen Nationen um den Staat, Wien, Leipzig 1902.

ränität einer Nation nicht mehr möglich war, sondern sich einzig aus dem Rechtswert der die Gemeinschaft konstituierenden Interessen ableiten lassen sollte. Zum anderen grenzte Renner den Wirkungsbereich des Nationalen weiter ein, indem er die Nation als „geistige Kultur-, nicht materielle Wirtschaftsgemeinschaft“ definierte. Ihre nach dem Personalitätsprinzip zu vollziehende Eingliederung in den territorial bestimmten Staat war mit einer klaren Verteilung der Kompetenzen verbunden. Die nationalen Kräfte sollten an den kulturellen Sektor gebunden werden, welcher als Aufgabe des nationalen Personenverbandes aus den gesamtstaatlichen Aufgaben herauszulösen war. Die Nation sollte durch diese Abgrenzung zu einem rein außerpolitischen Faktor gemacht werden. „Die Staatsgewalt“, so Renner,

„kommt um die Notwendigkeit nicht herum, zwischen nationalen und internationalen Kompetenzen zu scheiden und die nationalen Kompetenzen freimütig an die als staatliche Persönlichkeiten konstituierten Nationen auszuantworten [sic!], die internationalen Kompetenzen aber ... selbst zu verwalten.“³¹

Renners Vorstellung von einer personalen Autonomie fand bei den deutschen Minderheitenverbänden – als wichtigste sind hier der „Deutsche Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“, der „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte“ und der „Verband deutscher Volksgruppen in Europa“ zu nennen – großen Anklang. Sie propagierten die Übertragung kulturpolitischer Aufgaben auf selbstverwaltete öffentlich-rechtliche Körperschaften, die als kulturelle Personenverbandstaaten innerhalb des territorialen Staates organisiert werden sollten.

Die Kritik an letzterem ist eine Eigenart der Theorie des „anationalen Staates“³², deren Urheber Paul Schiemann sich auch im parlamentarischen Leben als einer der fähigsten deutschbaltischen Politiker in Lettland bewies. Wie Renner plädierte auch er für die Ausgliederung kultureller Fragen aus dem staatlichen Machtbereich, legte aber mehr Augenmerk auf die Gefahr, den territorialen Staat in seiner integrativen Funktion zu behindern.³³ So erschien Schiemann die Selbstverwaltung nationaler Minderheiten durch öffentlich-rechtliche Körperschaften nicht zweckmäßig, da sie die nationalen Gruppen zu sehr voneinander entfremde. Er schlug dagegen vor, das kulturelle Leben als reine Privatsache vom Staat zu trennen und durch eingetragene Vereine nach bürgerlichem Recht zu organisieren. Diese Abkehr von dem durch die deutschen Volksgruppen propagierten Personenverbandsstaat war wesentlich durch die Überzeugung motiviert, daß den kulturellen Gemeinsamkeiten mit den räumlichen Nachbarn eine ebenso große Bedeutung zukomme wie der

31) Ebenda, S. 25.

32) Vgl. die ausführliche Darstellung von MICHAEL GARLEFF: Paul Schiemanns Minderheitentheorie als Beitrag zur Lösung der Nationalitätenfrage. Zum 100. Geburtstag Paul Schiemanns (1876–1944), in: ZfO 25 (1976), S. 632–660.

33) Vgl. SCHOT, Nation oder Staat? (wie Anm. 27), S. 123.

Kulturgemeinschaft mit dem Reich.³⁴ In diesem Sinne stellte er auf kulturellem Sektor dem Konzept der Volksgemeinschaft das der Staatsgemeinschaft gegenüber und warnte davor, erstere zu sehr auf Kosten letzterer zu betonen.

Im folgenden soll untersucht werden, inwiefern solche Konzepte zur Lösung des Minderheitenproblems – insbesondere das des Lettländers Schiemann – der Tradition des baltischen politischen Denkens entsprachen oder widersprachen.

2. Die Wirksamkeit ständischer Tradition

Für das Verständnis der Kategorien, in denen sich das politische Denken der Deutschbalten bewegte und die ihrer Rezeption von Theorien und Ideologien zugrundelagten, ist von größter Bedeutung, daß in den baltischen Staaten bis spät ins 19. Jahrhundert hinein ein in dieser reinen Form in Westeuropa längst überwundenes Ständesystem bestand. Charakteristisch war hier der Dualismus zwischen einer fürstlichen und einer ständischen Hälfte sowie eine genschaftliche Variante der Ständegesellschaft. Eine Besonderheit der baltischen Verhältnisse war, daß die Ritterschaft³⁵ durch die relative Schwäche der Landesherren als der „eigentliche und einzige politische Stand, der Inhaber des status provincialis“ fungierte.³⁶ Für das politische Selbstverständnis hatten diese Strukturen wichtige Folgen. Konnte schon die scharfe Trennung zwischen der eingewanderten Oberschicht und der unterworfenen Stammbewölkerung einen Vertretungsgedanken nie aufkommen lassen, der zur Keimzelle parlamentarischer Ideale hätte werden können, so verstärkte die autonome Stellung der Ritterschaften noch ihre unmittelbare Identifizierung mit dem Gemeinwesen. Gegenstand ihrer Landtagsverhandlungen konnte alles sein, „was die Rechte, Interessen und Einrichtungen der Ritterschaft oder das Wohl des Landes betraf“.³⁷ Das staatliche Leben wurde vollkommen mit der adligen Selbstverwaltung gleichgesetzt, deren Eigenverantwortlichkeit sich auf lokaler Ebene in Kreisen und Kirchspielen abgestuft fortsetzte. Diesem – nicht selten selbstherrlichen – Anspruch auf uneingeschränkte Machtausübung stand im autonomistischen Selbstverständnis indessen auch ein Verpflichtungsgedanke für das Land, ein „aristokratisches Dienstethos“³⁸, gegenüber. Die Bekleidung ehrenamtlicher Posten im Landesdienst war selbstverständliche Pflicht.³⁹

34) Vgl. PAUL SCHIEMANN: Volksgemeinschaft und Staatsgemeinschaft, in: Nation und Staat 1 (1927), S. 21–41, hier S. 38.

35) Die Ritterschaft war die Korporation aller Besitzer von Rittergütern.

36) ROTHFELS, Reich, Staat und Nation (wie Anm. 13), S. 225 [Hervorhebungen im Original. D. F.].

37) ARVED BARON TAUBE: Selbstverwaltung und politische Verantwortung, in: Wir Balten, hrsg. von MAX HILDEBERT BOEHM und HELMUTH WEISS, München 1951, S. 78–86, hier S. 82.

38) Ebenda, S. 81.

39) Vgl. WITTRAM, Rückblick auf den Strukturwandel (wie Anm. 18), S. 235.

Daß korporatives Denken aber keineswegs nur ein Charakteristikum des Adels war, zeigt sich in der strengen Gliederung anderer Teile der Gesellschaft. Organisierte sich der Adel in den Ritterschaften, so tat sich das Bürgertum im Rat und der Großen und Kleinen Gilde als dessen Vertretungskörperschaften zusammen und „überzog Arbeitstag und Feiertag mit einem Netz von Vereinen“.⁴⁰

Die spezifischen sozialen Verhältnisse bis 1914 schufen Grundwerte, welche diese überdauerten, da sie Allgemeingut geworden waren. Hierin mag auch ein Grund dafür liegen, daß gewisse elitäre Grundeinstellungen mit der Auswanderung von immerhin etwa 50 % des Adels⁴¹ noch nicht als veraltet erschienen. So finden sich die Abgrenzungskategorien der konservativen Gutsbesitzer-schicht – ständische Exklusivität, Antipluralismus, Antiparlamentarismus, aber auch Autonomiedenken und Eigenverantwortlichkeit – etwa in dem nicht adelsspezifischen Begriff des „baltischen Gemeinschaftsbewußtseins“ wieder, der in der Publizistik der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts immer wieder auftaucht. Noch 1931 wurden unter anderem die berufsständischen Organisationen als die verbindenden Kräfte der Gemeinschaft genannt⁴², als deren geistige Momente – neben der Glaubensgemeinschaft – „eine ausgesprochene Abneigung gegen alles, was aus der politischen Parteibildung folgt“, und das Scheitern aller Versuche, „die Standesunterschiede im gesellschaftlichen Verkehr vergessen zu lassen“⁴³, bezeichnet wurden. Sie lassen sich – vorsichtig – als Grundkategorien des baltischen politischen Denkens betrachten.

Daß Theorien der Kulturautonomie hier zunächst auf fruchtbaren Boden fielen, kann nicht weiter erstaunen. Autonomistisches Denken war der deutschbaltischen Führungsschicht von jeher eigen gewesen. Auch ein Nationsbegriff, der nicht das Streben nach einem Nationalstaat implizierte, paßte in eine baltische Tradition. Nation war immer als (subjektiver) Bildungsbegriff verstanden worden: Die Zugehörigkeit zu ihr hing nicht von Sprache oder „völkische Abstammung“ ab, sondern von dem Bekenntnis zu einer Kultur-gemeinschaft, die freilich innerhalb der Grenzen ständischer Abgrenzung verstanden wurde. So konnten beispielsweise durchaus russische Adelige in den Ritterschaftsverband aufgenommen werden, niemals aber Letten oder Esten, eben weil sie nicht adlig waren.⁴⁴

40) ROTHFELS, Reich, Staat und Nation (wie Anm. 13), S. 225.

41) Vgl. GERT VON PISTOHLKORS: Inversion of Ethnic Group Status in the Baltic Region: Governments and Rural Ethnic Conflicts in Russia's Baltic Provinces and in the Independent States of Estonia and Latvia, 1850–1940, in: Roots of Rural Mobilisation, hrsg. von DAVID HOWELL u. a. (Comparative Studies on Non-Dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940), Dartmouth 1993, S. 169–220, hier S. 198.

42) VICTOR GRÜNER: Der Sinn des baltischen Gemeinschaftsgedankens, in: BM 62 (1931), S. 218–226, hier S. 220.

43) Ebenda, S. 222.

44) Vgl. ROTHFELS, Reich, Staat und Nation (wie Anm. 13), S. 234f.

Ein politischer Nationalismus wurde dagegen strikt abgelehnt. Neben Faktoren wie ständischem Hochmut – die Angehörigen der autochthonen Unterschicht wurden abwertend als „die Nationalen“ bezeichnet – sowie Angst vor sozialen Veränderungen war dies durch die fatalen Folgen motiviert, welche ein staatsnationaler Zentralismus Rußlands für die Landesautonomie gehabt hätte. Die in Rußland parallel Fuß fassenden absolutistischen und nationaldemokratischen Lehren gefährdeten gleichermaßen die vertraglich abgesicherte, lockere Bindung der baltischen Provinzen an das Reich. Ein Sieg der russischen Nationalbewegung hätte das Ende der autonomen Stellung der Deutschbalten und damit eine Nivellierung der Gesellschaft und kulturelle Assimilation zur Folge gehabt. Ob die Erhaltung der privilegierten Stellung oder die Sorge um die nationale Kultur das hauptsächliche Movens war, sei dahingestellt.⁴⁵ Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß man sich gegen alle Tendenzen, aus dem „Reich“ einen „Staat“ zu machen, zur Wehr setzte. Pangermanismus und Panslawismus wurden gleichermaßen abgelehnt.

Hatten bis 1918 die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse die Entwicklung des Nationalismus fast unmöglich gemacht, so fielen diese Gründe nach dem Ersten Weltkrieg weg. Dennoch war es zunächst noch ein deutlich ständisch geprägtes Denken, das für die Deutschbalten als „Kristallisationskern für neue staatliche Formen“⁴⁶ wirksam wurde. Besonders deutlich zeigte sich dies in der verhältnismäßig geringen Bedeutung der parlamentarischen politischen Parteien im Verhältnis zu den korporativen Organisationen. Denn während die Ritterschaften keine ausschlaggebende Rolle mehr spielten – ritterschaftliche Organisationen entstanden lediglich in privatrechtlicher Form als „gemeinnützige Verbände“ wieder –, reagierten die bürgerlichen Verbände auf die Auflösung der Ständegesellschaft mit einer Intensivierung ihrer Tätigkeiten. Der Rigaer Pastor Viktor Grüner bemerkte:

„Wenig gelockert ... erscheinen ... die berufständischen Gemeinschaften, die zumtgrößten Teil vorhandenen Einheiten, wie die Gilden, die wissenschaftlichen Gesellschaften und die rein geselligen Vereinigungen (wie Sängerbünde u. a.); ja es hat den Anschein, als ob hier überall im Vergleich zur Vorkriegszeit der Zusammenhalt ein strafferer, das gemeinsame Leben intensiver geworden ist.“⁴⁷

45) Vgl. zu dieser Diskussion: MAKSIM MICHAJLOVIČ DUCHANOV: Ostzejcy: Jav' i vymysel. O roli nemeckich pomeščikov i bjurgerov v istoričeskich sud'bach latyškogo i eštonskogo narodov v seredine XIX. veka [Die Ostseeleute. Wirklichkeit und Erfindung. Über die Rolle der deutschen Gutsbesitzer und Bürger in den historischen Schicksalen des lettischen und estnischen Volkes in der Mitte des 19. Jahrhunderts], Riga 1970; DERS.: Der baltische Adel, der Zarismus und ihre Reformpolitik 1850–1880, in: ZfO 34 (1985), S. 558–567; REINHARD WITTRAM: Methodologische und geschichtstheoretische Überlegungen zu Problemen der baltischen Geschichtsforschung, in: ZfO 20 (1971), S. 601–640; GEORG VON RAUCH: Der russische Reichsgedanke im Spiegel des politischen Bewußtseins der baltischen Provinzen, in: Ostdeutsche Wissenschaft 1 (1954), S. 183–208.

46) ROTHFELS, Reich, Staat und Nation (wie Anm. 13), S. 225.

47) GRÜNER, Der Sinn des baltischen Gemeinschaftsgedankens (wie Anm. 42), S. 219.

In diesem Sinne fand nach 1918 sowohl in Lettland als auch in Estland eine schnelle organisatorische Zusammenfassung statt. In Estland geschah dies 1920 durch den „Verband Deutscher Vereine“, der sich das Ziel setzte, die wirtschaftliche und organisatorische Eigenständigkeit der deutschen Volksgruppe zu fördern. Er verlor seinen Zweck, als die „Volksgruppe“ 1925 mit dem „Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten“ eine öffentlich-rechtliche Körperschaft zur Organisation und Verwaltung des Schulwesens und Fürsorge für alle ihre übrigen Kulturaufgaben zugestanden bekam. Die Arbeitsbereiche der einzelnen Vereine – besonders wichtig war die „Deutsche Schulhilfe“ (gegr. 1919) – wurden nun von der Kulturselbstverwaltung übernommen. In Lettland taten sich die meisten Vereine – am wichtigsten war der „Deutsche Elternverband“ (gegr. 1920) – 1923 zu einer „Zentrale deutsch-baltischer Arbeit“ zusammen, welche nach Erlangung der Selbständigkeit 1926 die freiwillige Selbstbesteuerung beschloß. Den Endpunkt der Vereinheitlichung bildete 1928 die Gründung der „Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Lettland“, die, obwohl sie keine öffentlich-rechtliche Körperschaft war, ein Pendant zur estnischen Kulturselbstverwaltung bildete.

Die „Volksgemeinschaft“ hatte korporative Züge. Ihre Delegierten wurden aus lokalen Arbeitsgemeinschaften nach berufsständischem Prinzip gewählt; die letzte Entscheidung lag bei einem von ihnen gewählten Hauptvorstand. Daß diese Form von konservativer Seite durchaus restaurativ ausgelegt werden konnte, zeigen einige Beiträge in der „Baltischen Monatsschrift“. So schloß beispielsweise Helmuth Stegmann aus der Tatsache, daß die Delegiertenversammlung durchaus auch Nicht-Delegierte in den Hauptvorstand wählte, daß es sich bei letzteren um ein „aristokratisches Element“ handle. Entsprechend forderte er, „in den Satzungen der Volksgemeinschaft zu verankern, daß die führenden Männer aus der Volkstumsarbeit eo ipso Glieder ihres Hauptvorstandes sind“.⁴⁸ Um das ständische Prinzip zu stärken, schlug er ferner vor, die einzelnen Berufsstände bei den Wahlen für die Delegiertenversammlung nur Abgeordnete für den eigenen Stand wählen zu lassen.⁴⁹

Politische Parteien konnten dagegen trotz reger parlamentarischer Tätigkeit und wichtiger politischer Leistungen – zu nennen sind insbesondere die Verhandlungen um die Kulturautonomie in Estland und die Schulautonomie in Lettland – nie eine angemessene gesellschaftliche Bedeutung erlangen. In den Augen vieler Deutschbalten führten sie ein „Schattendasein“⁵⁰, das Interesse

48) Vgl. HELMUTH STEGMANN: Lebensform baltischer Volksgemeinschaft. Gedanken zur Frage baltischer Volkstumsverfassung, in: BM 60 (1929), S. 6–14, hier S. 12 u. 14.

49) Ebenda, S. 12. Wittram kennzeichnet diese Meinung zwar als Beispiel konservativen baltischen Denkens, weist aber ebenso darauf hin, daß sie keinen Widerspruch gefunden habe. REINHARD WITTRAM: Liberal und Konservativ als Gestaltungsprinzipien baltischer Politik, in: BM 61 (1930), 213–232, hier S. 229.

50) GRÜNER, Der Sinn des baltischen Gemeinschaftsgedankens (wie Anm. 42), S. 222.

an ihnen nahm bis 1934, dem Zeitpunkt der Errichtung autoritärer Regime in Lettland und Estland, schnell ab. In Estland gab es mit der „Deutsch-Baltischen Partei“ nur eine einzige bedeutende Partei, welche vom stark oppositionnell eingestellten Adel über die Großindustriellen und die alte Intelligenz bis zur „demokratischen Strömung“ alle politischen Richtungen vertrat.⁵¹ Da sie anstrebte, eine Plattform für alle Deutschen Estlands zu werden, trug sie politische Gegensätze nicht so extrem aus, wiewohl durchaus „kontroverse Auffassungen miteinander konkurrierten“.⁵² In Lettland gab es dagegen ein breiteres Spektrum: Auf liberaler Seite die „Deutsch-Baltische Demokratische Partei“ und die „Fortschrittliche Partei“, auf konservativer die „Deutsch-Baltische Reformpartei“, welche die traditionsgebundenen Städter vertrat, sowie die „Deutsch-Baltische Volkspartei“, die sich für die Interessen der ehemaligen Großgrundbesitzer einsetzte.⁵³ Sie verloren an Bedeutung durch den 1920 gegründeten „Ausschuß der deutschbaltischen politischen Parteien“, der sich die gemeinsame Vertretung der Kulturinteressen zum Ziel setzte und die deutschen Wähler vereinen sollte. Bezeichnend für die schwache gesellschaftliche Stellung der Parteien ist jedoch die Tatsache, daß auch die außerparlamentarische „Volksgemeinschaft“ – zuständig für die Kultur- und Schulpolitik – für sich beanspruchte, die politische Haltung der Minderheit zu bestimmen.⁵⁴

Zur Kontinuität des politischen Denkens kann festgehalten werden, daß einer wirklichen Integration in die jungen Staaten das geringe Interesse am Parlamentarismus sowie eine traditionelle Exklusivität und Abgrenzung gegenüber Außenseitern der Gruppe entgegenstand, die auch einer Identifikation mit der Staatsgemeinschaft im Sinne Schiemanns ernsthafte Hindernisse in den Weg legten. Gleichzeitig aber schufen die traditionellen baltischen Denkmuster Voraussetzungen, welche die Minderheit für autonomistische Lösungen des Minderheitenproblems besonders offen machten. Auch die generelle Akzeptanz von Volkstumstheorien läßt sich vor dem Hintergrund des alten Musters der „Kulturnation“ als nicht nationalstaatlich ausgerichtetem Konzept erklären.

Wie allerdings die Identifikation mit dem „großdeutschen Volk“ so dominant werden konnte, daß sie die alte Landesverbundenheit teilweise oder ganz verdrängte, läßt sich aus den alten Denkmustern ebensowenig direkt herleiten wie der bei einigen Deutschbalten einsetzende Übergang zu einem aggressiven Nationalismus. Um diese Entwicklung nachzuvollziehen, könnte die Frage

51) Vgl. GARLEFF, *Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen* (wie Anm. 16), S. 14 ff.

52) Vgl. MICHAEL GARLEFF: *Die deutschbaltische Volksgruppe zwischen Anpassung und Widerstand bei der Staatsgründung der Republik Estland*, in: *Eesti Teaduste Akadeemia toimetised. Ühiskonnateadused* 40 (1991), S. 4–15, hier S. 6.

53) Vgl. DERS., *Deutschbaltische Politik* (wie Anm. 16), S. 29 ff.

54) Vgl. v. HEHN, *Die Umsiedlung der baltischen Deutschen* (wie Anm. 3), S. 13.

lauten: Für welche nicht mehr haltbaren Ideologien mußte Ersatz geschaffen werden und wie verlief der Übergang.⁵⁵

3. Bodenständigkeit und städtische Assimilation

Als größter äußerer Verlust für die deutschbaltische Minderheit kann die Enteignung von Grund und Boden im Zuge der Agrarreformen in Lettland und Estland gelten. Daß dieser Verlust in ihrem subjektiven Empfinden weit über das Materielle hinausging, erklärt sich unter anderem aus einer spezifischen „Ideologie der Bodenständigkeit“, welche den Bodenbesitz mit außermateriellen Werten verband: Bedingt durch die oben dargestellte provinzielle Entwicklung, als deren augenfälligstes Beispiel das Scheitern des Versuches gesehen werden kann, 1862 die vier Ritterschaften zu einem vereinigten Landtag zusammenzurufen, war in den baltischen Staaten „der wesentliche Gehalt politischer Empfindungen an den engeren Heimatboden verhaftet“.⁵⁶ Dabei muß das Ausmaß betrachtet werden, in dem die Gutsherrschaft die Erhaltung der eigenen Kultur gewährleistete. Da die Großgrundbesitzer neben den finanziellen Mitteln auch die Verantwortung für das kulturelle Leben in ihrem Bereich besessen hatten, mußte der Verlust an Bodenständigkeit auch mit dem Verlust nationaler Kultur gleichgesetzt werden.

„[A]n die Stelle der alten Herrenhöfe, der Doktorate und Pastorate und ihrer hohen Kulturbedeutung ist der bäuerliche Kleinhof getreten mit seinen alles überwuchernden Alltagssorgen, und nur ganz vereinzelt ragen noch hier und da die alten Kultstätten aus der Wüste der Zerstörung, wie Inseln aus dem Meere, hervor...“⁵⁷

Als zweiter wichtiger Aspekt ist der Wertekonservatismus zu sehen, den die Ideologie der Bodenständigkeit dem Liberalismus und dem daraus erwachsenen Wertepluralismus entgegensetzte. War der „Besitzer-Landmann“ noch ein „geschworener Feind der modernen, alles nivellierenden Freiheits- und Gleichheitsideen“⁵⁸, die seinen Besitz gefährden konnten, schienen Freizügigkeit und „Verstädterung“ liberales Gedankengut und „sozialrevolutionäre Radikalismen“⁵⁹ zu fördern, indem sie die Loslösung von den traditionellen Bindungen bewirkten.⁶⁰ Damit gefährdeten sie auch tradierte Wertvorstellungen. Bo-

55) Es geht also, theoretischer gesprochen, um die Analyse der Funktion der Ideologien im Sinne Luhmanns: Inwiefern waren die neuen den alten funktional äquivalent?

56) ROTHFELS, Reich, Staat und Nation (wie Anm. 13), S. 224.

57) WILHELM BARON FIRCKS: Volkstum und Bodenständigkeit, in: BM 58 (1927), S. 35–43, hier S. 36.

58) Ebenda, S. 39.

59) HERBERT GIRGENSOHN: Über die Bedeutung der Bodenständigkeit des baltischen Deutschtums, in: BM 64 (1933), S. 101–109, hier S. 107.

60) Dieser Gedanke wurde auch von der deutschen konservativen Kulturkritik wiederholt geäußert, vgl. etwa Oswald Spenglers These, daß Völker, welche zu reinen Stadtbevölkerungen werden, unwiderruflich dem Untergang preisgegeben seien.

denständigkeit und Wahrung des eigenen Kultur- und Wertesystems erschienen als zwei Seiten einer Medaille. Diese Gefahr wurde bezeichnenderweise auch von jenen Stadtbewohnern empfunden, die von der Bodenreform zwar selbst überhaupt nicht betroffen waren und häufig schon länger in den Städten lebten, das Unbehagen an den neuen Lebensformen jedoch ebenso spürten.

Die Bodenreformen verliefen in Estland und Lettland in ähnlicher Weise. Während in Estland, wo die vollständige Enteignung des ländlichen Großbesitzes im Oktober 1919 gesetzlich bestimmt worden war, eine Regelung von 1926 eine Entschädigung von 3 % des tatsächlichen Wertes vorsah, konnten in Lettland keinerlei Entschädigungszahlungen durchgesetzt werden. 1920 wurde hier ein Ackergesetz verabschiedet, das die Beibehaltung eines Restgutes von höchstens 50 ha vorsah.⁶¹ Die Bodenreform führte zu einer Land-Stadt-Wanderung mit dem Resultat, daß 1934 74,6 % der Deutschen Estlands und 1935 78 % der Deutschen Lettlands im städtischen Bereich lebten.⁶² Der Urbanisierung war zudem eine deutliche zahlenmäßige Reduktion der Deutschbalten durch Auswanderungen wegen des Krieges und aus Furcht vor dem Bolschewismus vorangegangen. Schon vor der Agrarreform hatte sich nach Jürgen von Hehn die Anzahl der Deutschen im Vergleich zur Vorkriegszeit auf die Hälfte verringert.⁶³

Ein Anzeichen dafür, daß damit auch ein Verlust des sittlich-werthaftern Anteils der Bodenständigkeit verbunden war, sah man in dem deutlichen Rückgang der Geburtenziffern bis 1934. Dieses Bild wurde noch ungünstiger, wenn der Geburtenüberschuß im Verhältnis zu den steigenden Sterbezahlen errechnet wurde⁶⁴: In Lettland wurde etwa für das Jahr 1936 angegeben, daß die Zahl der täglichen Todesfälle die der Geburten um das Doppelte übertraf.⁶⁵ Obwohl die Urbanisierung sicher nicht der alleinige Grund dafür war – hinzu kamen z. B. die geburtenarmen Kriegsjahrgänge im Heiratsalter –, so deutete doch die umgekehrte demographische Entwicklung auf dem Lande darauf hin, daß sie eine wesentliche Ursache darstellte. Der Ideologie der Bodenständigkeit entsprechend wurde der Geburtenrückgang als Folge eines aus dem Stadtleben resultierenden sittlichen Verfalls interpretiert, als „ma-

61) Vgl. v. RAUCH, Geschichte der baltischen Staaten (wie Anm. 4), S. 80ff., sowie v. PISTOHLKORS, Estland, Lettland und Litauen 1920–1940 (wie Anm. 2), S. 749ff.

62) Vgl. WILFRIED SCHLAU: Zur Wanderung und Sozialgeschichte der baltischen Deutschen, in: Tausend Jahre Nachbarschaft. Die Völker des baltischen Raumes und die Deutschen, hrsg. von WILFRIED SCHLAU, München 1995, S. 177–185, hier S. 182.

63) v. HEHN: Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (wie Anm. 3), S. 16. v. Hehn bezieht dabei allerdings die Abwanderung der knapp 20000 Wolhyniendeutschen mit ein, die erst direkt vor dem Ersten Weltkrieg in Kurland angesiedelt worden waren.

64) Vgl. für Estland: MARK VON ENGELHARDT: Das Deutschtum Estlands, in: BM 67 (1936), S. 390–406, für Lettland: HANS PETER KÜGLER: Geburtenüberschuß und Volkszunahme in der Bevölkerung Lettlands, in: BM 68 (1937), S. 141–148.

65) Vgl. KÜGLER, Geburtenüberschuß und Volkszunahme, S. 142.

terialistisch-individualistisch-egoistische Gebärungslust“⁶⁶ der Stadtbewohnerinnen.

Als ein weiterer Wertverlust, der mit der Urbanisierung einherging, wurde die Tatsache gedeutet, daß die Deutschen, die infolge der traditionellen Strukturen auf dem Lande trotz der Streusiedlung noch weitestgehend „unter sich“ geheiratet hatten⁶⁷, in den Städten hingegen häufig zweinationale Ehen eingingen. Bei der Darstellung dieser Tatsache wurde in der zeitgenössischen Publizistik mit dramatischen Zahlen operiert: Hatten nach Hans Handrack in Estland noch um die Jahrhundertwende 6–7% der deutschen Männer eine Estin geheiratet, waren es 1936 in Reval angeblich 30%.⁶⁸ Ähnlich war Ernst von Bulmerincq zufolge die Lage in Lettland, wo 1933 40% der deutschen Männer und 35% der deutschen Frauen mit nichtdeutschen Partnerinnen und Partnern verheiratet waren, davon $\frac{3}{4}$ lettischer Herkunft.⁶⁹ Daß Kinder aus „Mischehen“ doppelt so häufig selbst andersnationale Partnerinnen und Partner heirateten als jene aus rein deutschen Familien, erschien als Ausbreitung der Bereitschaft zur Assimilation.⁷⁰ Dies hatte für den Bestand der deutschen Minderheit insbesondere Lettlands Folgen. Denn während in Estland die Nationalität des Vaters ausschlaggebend war, genügte nach einer Verfügung der lettischen Regierung von 1934 ein lettischstämmiger Elternteil, um aus den Kindern Letten zu machen.

Gerade die steigende Anzahl der Mischehen macht deutlich, daß Teile der Minderheit die Schranken der Abgrenzung schon aufhoben. Für konservative Balten mußte dies als ein Verlust alter Werte – insbesondere der traditionellen Exklusivität – verstanden werden, dem es entgegenzuwirken galt. Da aber die idealisierte Bodenständigkeit endgültig dahin war, mußten neue Ideologien an ihre Stelle treten, die ihre Funktion zu übernehmen geeignet schienen.

Wie gerade eine großdeutsche Orientierung diesen Ersatz bieten konnte, soll anhand einer Untersuchung weiterer Ideologien, die für das baltische Selbstverständnis konstitutiv waren, dargestellt werden. Dabei ist entscheidend, wie sie, ursprünglich unter ständischen Paradigmen entstanden, einer nationalistischen Umdeutung besonders leicht zur Verfügung standen.

66) ERNST VON BULMERINCQ: Die natürliche Bevölkerungsbewegung des Deutschtums in Lettland, in den Jahren 1932–1933, in: BM 65 (1934), S. 540–548, hier S. 548. [Hervorhebung im Original. D. F.]

67) Vgl. für Estland: HANS HANDRACK: Das estländische Deutschtum und die nationalen Mischehen, in: BM 67 (1936), S. 404–412, hier S. 411.

68) Vgl. ebenda, S. 408.

69) v. BULMERINCQ, Die natürliche Bevölkerungsbewegung (wie Anm. 66), S. 543.

70) Vgl. HANDRACK, Das estländische Deutschtum (wie Anm. 67), S. 411.

4. Die Ideologie der „Baltischen Sendung“

In seiner „Livländischen Antwort an Herrn Juri Samarin“ formulierte Carl Schirren 1869 programmatisch die Kontinuität der Rolle der deutschen Siedler, welche

„vor mehr denn siebenhundert Jahren inmitten der Schweden, der Dänen, der Litauer und Russen Fuß fassten und der abendländischen Christenheit eine Vormauer bildeten ...“⁷¹

Die Vorstellung, den Vorposten der zivilisierten Welt darzustellen, blieb auch in der Zwischenkriegszeit ein prägendes Moment des deutschbaltischen Selbstverständnisses. Hier läßt sich zwischen zwei Richtungen unterscheiden: Während die einen die Vermittlerrolle zwischen Ost und West betonten, wobei häufig der missionarische Aspekt des „Kulturbringers“ unterstrichen wurde, sahen sich die anderen in der Rolle eines „Hemmblocks“ gegen die „asiatische Barbarei“. Gemeinsam war beiden Richtungen ein ausgeprägtes Sendungsbewußtsein, ein teleologisch geprägtes Geschichtsverständnis, nach dem die deutsche Ansiedlung im Osten einer Aufgabe wegen geschah, die es zu erfüllen galt.

War die Ideologie des „Hemmblocks gegen den Osten“ schon durch die Abwehr der Russifizierungsversuche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentlich verstärkt worden, so hatte sie nach der deutschen Kapitulation, als die Rote Armee hinter den abziehenden deutschen Soldaten in die baltischen Staaten eingerückt war, eine neue Dimension erhalten. Nicht nur waren vorher gehegte Hoffnungen auf eine Unterstellung der baltischen Provinzen unter deutsche Reichshoheit damit hinfällig geworden, sondern die Erfahrungen von 1917 hatten darüber hinaus gezeigt, daß gerade die Deutschbalten mit größtem Terror von seiten der Bol'seviki zu rechnen hatten. Daß folgerichtig von deutscher Seite rasch Freiwilligeneinheiten ins Leben gerufen wurden, während die Mobilisierungen in Estland und Lettland nur schleppend vorangingen, war für das deutschbaltische Selbstverständnis von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Immerhin hatte die Möglichkeit bestanden, mit den deutschen Truppen den Rückzug ins „Reich“ anzutreten. Die Interessengleichheit mit Esten und Letten beschränkte sich indessen auf den unmittelbaren Antibolschewismus und kann nicht als Eingliederung in die neuen Staaten verstanden werden. Die Verteidigung der Heimat wurde eher im traditionellen Sinne als „Landesdienst“ denn als „Staatsdienst“ gedeutet, die alten ideologischen Linien einer „deutschbaltischen Avantgarde“ blieben auch auf diesem Gebiet wirksam. Dabei sind freilich prinzipielle Unterschiede zwischen dem im November 1918 in Estland gegründeten *Baltenregiment* und der zeitgleich in Lettland gebildeten *Landeswehr* festzuhalten. Während ersteres

71) CARL SCHIRREN: Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin, Leipzig 41919 [1. Aufl. Leipzig 1869], S. 174.

als Einheit in die estnische Armee integriert war und man sich hütete, politische Forderungen zu stellen, richtete sich die deutschem Oberbefehl unterstellte Landeswehr direkt gegen die lettische Regierung des Ministerpräsidenten Kārlis Ulmanis, die sie in Union mit den in Libau stationierten deutschen Truppen des Generals von der Goltz am 16. April 1919 entmachtete. Eine nun eingesetzte deutschfreundliche Regierung unter dem lettischen Pastor Andrievs Niedra konnte sich indessen nur kurz halten: Nachdem estnische und lettische Verbände die nach Norden vordringende Landeswehr am 23. Juni bei Wenden geschlagen hatten, vermittelten britische Vertreter einen Waffenstillstand, der eine Wiedereinsetzung der Regierung Ulmanis zur Folge hatte.⁷²

Diente die aktive Teilnahme am Freiheitskrieg gerade rückwirkend als Legitimation für die Integration der Deutschbalten in die jungen Nationalstaaten – Werner Hasselblatt deutete sie als „Pflichtbekenntnis und eindeutigste Klarstellung unseres Anspruchs auf ungeschwächteste Heimat- und Bodenständigkeit“⁷³ –, so konnte dies über die diffuse Interessenlage kaum hinwegtäuschen. Der Gedanke, daß es sich um einen gemeinsamen Kampf mit Esten und Letten gegen die Bolševiki handelte, schlägt sich bezeichnenderweise in der Memoirenliteratur kaum nieder.⁷⁴ Selbst unter den estländischen Deutschen, die im Baltenregiment am Feldzug der „weißen“ Russen unter Judenič gegen Petrograd teilnahmen, gab es einige Sympathie mit dessen Zielen einer Niederwerfung der Bolševiki und der folgenden Wiedereinverleibung der baltischen Staaten in das Russische Imperium.⁷⁵ Verstärkt wurden derartige Tendenzen durch die Agrarreformen, die zu einer erheblichen Verunsicherung über die Zukunft in den neuen Staaten führten:

„Die Eltern schreiben, daß uns alle unsere Land-Güter entschädigungslos durch die Regierung genommen werden sollen! Ich denke mit Zittern an unser altes Fa-

72) Das Baltenregiment blieb von der daraufhin auch in Estland einsetzenden antideutschen Welle nur verschont, da es in jener Zeit dem Nordkorps unterstellt war und sich auf russischem Boden befand.

73) Zit. nach: KARSTEN BRÜGGEMANN: Von der führenden Schicht zur nationalen Minderheit. Zur Klärung der Rolle der estländischen deutschen Minderheit bei der Begründung der Republik Estland 1918–1919, in: Nordost-Archiv 4 (1995), S. 453–478, hier S. 456.

74) Vgl. etwa die Erinnerungen: Die Baltische Landeswehr im Befreiungskampf gegen den Bolschewismus. Ein Gedenkbuch, hrsg. vom Baltischen Landeswehrverein, Riga 1929; GEORG VON KRUSENSTJERN: M. G.-Mann im Baltenregiment. Tagebuchblätter, Tallinn 1938.

75) Vgl. BRÜGGEMANN, Von der führenden Schicht zur nationalen Minderheit (wie Anm. 73), S. 469. Besonders dezidierte Meinungen vertraten hier verständlicherweise jene Deutschbalten, die unter dem Zaren in Rußland gedient hatten und als Optanten ins Baltikum zurückgekehrt waren. Unmißverständlich etwa die Worte, die von BUDBERG noch 1958 zur Zugehörigkeit der Baltischen Staaten schrieb: „Daß das BALTIKUM nicht mehr zu RUSSLAND gehören würde, ahnten [1919] nur wenige. Soldaten waren eben keine Politiker, und auch diese irren oft . . . Übrigens ist heute das Baltikum doch wieder Bestandteil der UdSSR.“ NIKOLAI BARON VON BUDBERG: Im Schatten der Toten (Aus baltischer Vergangenheit). 1918–1920, o. O. 1958, S. 39.

miliengut, das sich seit der Schwedenzeit vom Vater auf den Sohn vererbt hat ... Und das alles sollen wir verlieren ... Wofür kämpfen und schinden wir uns hier denn schließlich?“⁷⁶

Angesichts von Bedingungen, unter denen einer Mehrheit der Deutschbalten aufgrund ihrer Interessenlage positive politische Konzepte immer weniger zur Verfügung standen, mußte die eigene Einordnung in ein allgemeineres Heilsgeschehen an Attraktivität gewinnen. Militärische Erfolge wie die Befreiung Rigas erhielten überhöhte Stilisierungen wie:

„Der Ostseeraum, die skandinavischen Länder, ganz Europa verdankt der Tat des 22. Mai vielleicht die Rettung der christlich-europäischen Kultur im Jahre 1919.“⁷⁷

Die charakteristische Sakralisierung des Sendungsgedankens⁷⁸ bezog sich dabei fast ausschließlich auf die deutschbaltische Rolle im Freiheitskrieg.

War in der Nachkriegszeit zunächst eine Abkehr von dieser Ideologie zu bemerken gewesen, da ein „Naturalismus der Pflichterfüllung“ als angemessener Stil erschien, eine baltische Ideologie dagegen als ein „literarisches Hirn-espinst, einer sentimentalischen Selbstüberschätzung entsprungen“⁷⁹, angesehen werden mußte, zeigte 1930

„[das] starke Bedürfnis nach einer neuen Zielsetzung, einem neuen Sendungsbewußtsein, das unter uns allenthalben lebendig geworden ist ..., daß die Lage eine andere geworden ist“.⁸⁰

Nach 1917 hatte sich die während der Russifizierungszeit wesentlich verstärkte russenfeindliche Ideologie mit der Furcht vor der Ausbreitung des Bolschewismus verbunden, zumal sich das Postulat der „Weltrevolution“ mühelos in das Bild des expansiven Charakters Rußlands einfügen ließ und ihre atheistische Stoßrichtung zudem die alte christliche Mission wieder in den Vordergrund rückte. Damit vermischten sich zwei verschiedene Aspekte. Mit „Bolschewisierung“ wurde zum einen eine politische Bedrohung bezeichnet, zum anderen aber gesellschaftliche Auflösungsprozesse, die unter Schlagwörter wie „Atomisierung“ und „Wertpluralismus“ fielen. Daß damit die Grenze zwischen politischen und kulturellen Aspekten schwand, ist als Faktor für die spä-

76) KRUSENSTJERN, M. G.-Mann im Baltenregiment (wie Anm. 74), S. 41.

77) WALTER E. FRHR. VON MEDEM: Stürmer von Riga. Die Geschichte eines Freikorps, Leipzig, Wien 1935, S. 6.

78) Vgl. etwa Äußerungen wie: „Mit Recht empfinden wir es als Gnade, daß uns ein Schicksal an diesem Kriege teilhaben, teilnehmen ließ“. ROLAND METTIG: Vom Sinn der Baltischen Landeswehr, in: Die Baltische Landeswehr im Befreiungskampf gegen den Bolschewismus (wie Anm. 74), S. 39–43, hier S. 39, oder die Meinung, „daß alle damals [1905/06 und 1918/19] ermordeten Pastoren als Märtyrer zu gelten haben“. OSKAR SCHABERT: Baltisches Märtyrerbuch, Berlin 1926, S. 6.

79) WITTRAM, Liberal und Konservativ (wie Anm. 49), S. 223.

80) Ebenda.

teren Integrationsprobleme in den Freistaaten nicht zu unterschätzen. Hatte der Antibolschewismus schon in der Zeit, als die Bedrohung durch die Rote Armee infolge ihrer Konzentration auf den Bürgerkrieg im Innern des Landes nachließ, nicht mehr ausgereicht, Interessengegensätze vergessen zu machen, so kam er nun sogar gegen Esten und Letten zur Anwendung. Natürlich waren auch derartige Polemiken häufig durch die – für die Konstituierung moderner Nationalstaaten unumgängliche – Agrarreform begründet, die für die Minderheit äußerst schwer zu verkraften war. Sie führten jedoch dazu, wichtigen gemeinsamen ideologischen Boden aufzugeben, der in einer politischen Ablehnung Sowjetrußlands bestand. Wie sehr der häufig überspannte deutschbaltische Ton den nationalistischen Kräften der Mehrheitsvölker ihrerseits Gründe für eine Polarisierung bot, die jede Interessengleichheit verneinen ließ, mag die estnische Reaktion auf einen Artikel im Handbuch der „Volksdeutschen Vereinigung“ von 1939 illustrieren. In ihm war nicht nur das Deutschbaltentum zum „Schutzwall der germanisch-deutschen Kultur“ hochstilisiert, sondern in dieser „Mission“ zudem auch die Rechtfertigung für den Esten[!] und den estnischen Staat postuliert worden.⁸¹ E. Hiidna antwortete in der Zeitschrift „ERK“ des „Estnischen Klubs der Patrioten“ (Eesti Rahvuslaste Klub) mit der Bemerkung, die Esten hätten sich nie als „Schutzwall deutscher Kultur“, sondern vielmehr als Kulturvermittler zwischen Ost und West gesehen. Über den Status der Deutschbalten fügte er an:

„... wenn der Staat Estland und der Este nur in Zusammenhang und Verbindung mit der Mission des baltischen Deutschtums denkbar ist, so ist der einzige Schluß daraus die Alternative: Entweder sind der Staat Estland und der Este für das baltische Deutschtum nicht denkbar oder das baltische Deutschtum nicht für den Esten und den Staat Estland.“⁸²

Wie aber konnte sich der „Vorposten der Zivilisation“ in einen „Vorposten des Deutschtums“ verwandeln? Eine mögliche Interpretation wäre, daß sich genau hierin eine Möglichkeit nationaler Identifikation für die Deutschbalten eröffnete, die den Ausweg aus einem grundsätzlichen Dilemma wies: Zum einen war das Nationale in den 20er Jahren in einem so großen Maße zu einem Grundbegriff des politischen Denkens geworden, daß eine Ablehnung dieses

81) Vgl. JÜRI KIVIMÄE: Raske lahkumine. Baltisakslaste ümberasumine eestlaste rahvuslikus vaatevinklis. [Der schwere Abschied. Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem nationalen Blickwinkel der Esten], in: *Looming* 9 (1989), S. 1242–1250, hier S. 1246f. Zur Haltung der Letten ADOLFS ŠILDE: Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Lettland aus lettischer Sicht, in: *ACTA BALTICA* 27 (1990), S. 87–97. Grundlegende Darstellungen in westlichen Sprachen zur allgemeinen Geschichte der Esten und Letten sind: TOIVO U. RAUN: *Estonia and the Estonians*, Stanford²1991 und ANDREJS PLAKANS: *The Latvians. A Short History*, Stanford 1995.

82) „... kui ainult balti saksluse missiooniga seoses ja ühenduses on mõeldav Eesti riik ja eestlane, siis ainsaks järelduseks sellest on alternatiiv: kas balti saksluse jaoks ei ole mõeldav Eesti riik ja eestlane või eestlase ja Eesti riigi jaoks ei ole balti sakslast.“ Zit. nach KIVIMÄE: Raske lahkumine, S. 1247.

Prinzips nicht mehr als zeitgemäß erschien. Das Konzept des „anationalen Staates“ wurde in diesem Sinne als „rein akademische Angelegenheit“ belächelt, für deren Verwirklichung die „politisch-psychologischen Voraussetzungen“ fehlten.⁸³ Gleichzeitig aber widersprach eine Stellungnahme für ein totales Nationalstaatsprinzip nicht nur der eigenen Tradition, sondern zog zudem konsequenterweise die Anerkennung der eigenen Assimilierung nach sich. Als Wittram 1933 rhetorisch eine dritte Möglichkeit der nationalen Identifikation anbot, faßte er nur noch eine schon weit verbreitete nationale Umdeutung der alten Vorpostenideologie in treffende Worte: Das „sehr starke Missionsbewußtsein“, mit dem das deutsche Volk im Begriffe sei, sich „zu durchdringen“, müsse dazu dienen, dem „bolschewistischen Machtwillen“ einen „von nationalem Selbstbewußtsein erzeugte[n] Machtwille[n]“⁸⁴ entgegenzusetzen. Darin, nicht in kulturellem Selbstbewußtsein oder nationalstaatlichem Denken, solle das deutsche Nationalgefühl bestehen:

„Alle Völker im geschichtlichen Bezugsraum des deutschen Volkes sollen in ihrer Staatlichkeit vor dem Zugriff moskowitzischer Imperialismen gesichert sein. Das ganze Deutsche Volk im Bewusstsein dieses Dienstes, dieser Sendung ist die deutsche Nation.“⁸⁵

Für die deutschbaltische Minderheit bot sich damit eine Möglichkeit der nationalen Identifikation, die sich aus dem alten Missionsgedanken fast Übergangslos herleiten ließ und dabei national, nicht aber selbsterstörerisch war.

So gering der Übergang von einem kulturellen zu einem nationalen Vorpostenbewußtsein den Zeitgenossen erschienen sein mag, so einschneidend war doch der prinzipielle Unterschied. Der Dienst, welchen der Vorposten zu leisten hatte, war im ersten Fall ein christlicher, im zweiten ein nationaler Dienst. In dem Maße, in dem das „Deutsche Reich“ als nationalstaatlicher Repräsentant des deutschen Volkes betrachtet wurde, rückte es auch in die Rolle des „Dienstherren“ der baltischen Deutschen. Dieser Unterschied sollte, wenn die Interpretation der Umsiedlung als „Abberufung“ der Deutschbalten durch Hitler diskutiert wird, unbedingt in Betracht gezogen werden.

Dem Heterostereotyp des „asiatischen Russen“ entsprach das Autostereotyp des „Religions- und Rechtsbringers“. Daß der religiöse Aspekt als Abgrenzungskriterium noch lebendig war, befremdet: In Lettland waren nicht nur 97% der Deutschen evangelisch, sondern mit 57% die knappe Mehrheit der Gesamtbevölkerung. Noch geringer war der konfessionelle Unterschied zur Mehrheitsbevölkerung in Estland, wo 98% der Deutschen und 78% der

83) REINHARD WITTRAM: Dreierlei Nationalgefühl, in: BM 64 (1933), S. 300–302, hier S. 301. Vgl. auch: HEINRICH SCHAUDINN: Abkehr vom „anationalen Staat“! Eine reichsdeutsche Stimme, in: BM 64 (1933), S. 362–364.

84) Ebenda, S. 302f.

85) Ebenda.

Gesamtbevölkerung evangelisch waren.⁸⁶ Daß aber die Deutschen in Rückgriff auf die 700 Jahre alte Missionierung des Nordostens noch im 20. Jahrhundert beanspruchten, eine missionarische Rolle gegenüber der Mehrheitsbevölkerung und der atheistischen Bedrohung aus der Sowjetunion einzunehmen, zeigen Äußerungen wie:

„Die *christlich-germanische Sendung in den Osten*, darin besteht, darin erschöpft sich der ganze Sinn des Baltentums.“⁸⁷

Das Bestreben, wenigstens an dieser Sonderrolle festzuhalten, mag als Kompensation für den Machtverlust auf anderen Gebieten gedeutet werden. Es zeigte sich besonders deutlich bei der Diskussion um die Domenteignung in Estland: Nachdem 1919 das veraltete Patronatsrecht auf dem 2. Kirchenkongreß zu Reval abgeschafft worden war, hatte der neugewählte estnische Bischof Juhan Kukk 1923 den Posten des Oberpastors der Revaler Domkirche sowie die Verwaltung von dessen Vermögen durch das Konsistorium für sich beansprucht. Auf Proteste der Gemeinde hin erbaten Bischof und Konsistorium eine Entscheidung durch die Regierung, welche beschloß, die Kirche mit ihren Besitztümern in die Verwaltung des Innenministeriums zu nehmen und sie der Zentralverwaltung der evangelisch-lutherischen Kirche als Bischofskirche in Nutzung zu geben. Die deutsche Gemeinde sollte weiterhin das Recht behalten, im Dom Gottesdienste abzuhalten.

Wie man sich von Seiten der Deutschbalten bemühte, diese Entscheidung mit juristischen Mitteln rückgängig zu machen, wurde von Michael Garleff in aller Gründlichkeit dargestellt.⁸⁸ Für unser Thema interessieren indessen mehr die außerjuristischen Proteste, welche insbesondere nach der gewaltsamen Öffnung der Kirche durch die Polizei und dem späteren Entfernen des aus ritterschaftlicher Zeit stammenden Kirchenschmucks geäußert wurden. Grundsätzlich galt dabei, was Carl Baron v. Schilling in einer Deklaration der deutschbaltischen Fraktion zur Domenteignung am 12.2.1925 ausdrückte:

„Da wir anderssprachig sind, so fallen bei uns Traditionswerte und Überzeugungsrecht in einer kirchlichen Frage schwerer ins Gewicht als etwa eine juristische Interpretation.“⁸⁹

Die Frage, warum 8000 Deutschen in Reval so viele Kirchen zur Verfügung stehen mußten wie 120000 Esten, wurde, wie Karl-Heinz Grundmann bemerkt, dementsprechend überhaupt nicht gestellt.⁹⁰

86) 1925 bzw. 1922. Vgl. v. RAUCH, Geschichte der baltischen Staaten (wie Anm. 4), S. 79f.

87) BURCHARD VON SCHRENCK: Kirche, Volkstum und Jugendbewegung. Zur baltischen Jugendfrage, in: BM 58 (1929), S. 445–469, hier S. 453. [Hervorhebung im Original. D. F.]

88) GARLEFF, Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen (wie Anm. 16), S. 121 ff.

89) Zit. nach: ebenda, S. 123.

90) GRUNDMANN, Deutschumpolitik (wie Anm. 17), S. 647.

Die Verbindung von Recht und Tradition bedarf noch einer gesonderten Untersuchung. Die Vorstellung, als Rechtsbringer gewirkt zu haben, war ein weiterer Aspekt des baltischen Sendungsgedankens. Er konnte auch für die Gegenwart tauglich werden, insbesondere da man sich als Opfer von Rechtsbrüchen sah, die innerhalb der Schemata des Vorpostendenkens wahlweise als „schleichende Bolschewisierung“ oder „Asiatisierung“ gedeutet wurden.⁹¹ Positiv wurde die Missionsrolle in einen „Imperialismus der Gerechtigkeit“⁹² uminterpretiert, der als Ausdruck des „kulturellen Geltungsbedürfnisses“ der deutschbaltischen Minderheit angesehen wurde.⁹³

Scheint es zunächst, daß diese Betonung des Rechtsgedankens für die Integration in die jungen parlamentarischen Demokratien geradezu ideale Voraussetzungen hätte schaffen und die Deutschbalten gegen nationalsozialistische Propaganda nachhaltig immunisieren können, so erweist eine nähere Untersuchung ihres Rechtsbegriffes das Gegenteil. Wittram etwa schrieb – durchaus repräsentativ für konservative Deutschbalten –:

„Wir können den Staat nicht als letzte Rechtsquelle sehen, da wir die Herkunft unserer eigenen Rechte aus älteren Quellen erlebt haben.“⁹⁴

Aus diesem Satz spricht nicht lediglich die Ablehnung eines Rechtspositivismus, sondern ebenso die Ablehnung eines Rechtsgedankens, der, wie bei Schiemann, auf einen Ausgleich bei der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse gerichtet ist. Vielmehr wird hier das Alter der eigenen Rechtsquellen als Gewähr für deren Gerechtigkeit angeführt. Damit wird ein rational begründbares Recht zugunsten eines historischen abgelehnt. Recht wird als „Geschichtlichkeit“ definiert: Nicht die Vernünftigkeit sondern die Geschichtlichkeit soll legitimierendes und normierendes Kriterium des Rechtes sein.⁹⁵

Mehr als auf anderen kulturellen Gebieten, in denen die deutsche Minderheit eine historisch legitimierte Vormachtstellung für sich beanspruchte, stand ihr Rechtsdenken in einem problematischen Verhältnis zu den parlamentarischen Demokratien, in denen sie lebte. Denn zum einen schuf die geschichtliche Rechtsauffassung ein ständiges Gegenrecht, das der Rechtssouveränität des Staates entgegenstand. Zum anderen aber war der Schritt von einem „Im-

91) Die „Evangelische Diaspora“ schrieb z. B. zu der Domenteignung: „Es ist, als empöre sich in diesem Randstaat Europas, hinter dessen Grenzen Asien lauert, das von Osten eingedrungene Barbarentum gegen die Fortschritte des europäischen Geistes, der die Kulturautonomie schuf.“ Zit. nach GRUNDMANN, Deutschtumspolitik (wie Anm. 17), S. 647.

92) Vgl. KARL C. VON LOESCH: Der Kampf für das Recht im Osten, in: BM 61 (1930), S. 1–16.

93) Vgl. WITTRAM, Liberal und Konservativ (wie Anm. 49), S. 226.

94) Ebenda, S. 228.

95) Vgl. die Typisierung der Rechtsbegriffe bei: E. WOLF: Das Problem der Naturrechtslehre. Versuch einer Orientierung, Karlsruhe 1955, bes. S. 102.

perialismus der Gerechtigkeit“ zu einer endgültigen Mißachtung dieser Souveränität zugunsten anderer, irrationaler Konzepte, die auf einen vermeintlich historischen Rechtsanspruch basierten, sehr klein. Wenn Wittram 1964 über die Mitte der 30er Jahre schreibt:

„Wer pessimistisch war, sah sich leicht darauf verwiesen, seine Hoffnung nicht mehr auf den endlichen Sieg des Rechtsgedankens, sondern auf den Machtanstieg des eigenen Volkes zu setzen“⁹⁶,

so fehlt der Hinweis darauf, daß gerade der baltische Rechtsgedanke mit dem historischen Machtanspruch der baltischen Deutschen untrennbar verknüpft war.

Dieses Rechtsdenken machte sich in bezug auf den Minderheitenstatus besonders bemerkbar. Wittram behauptete 1930, Liberale und Konservative seien sich hinsichtlich der Stellung der deutschen Volksgruppen in Lettland und Estland grundsätzlich einig. In beiden Fällen basiere sie auf einem Rechtsgedanken. Doch während die Liberalen für eine „Generalregelung mit leichter Übertragbarkeit der Termen“ einträten und den Ausdruck „Minderheit“ bevorzugten, wolle der Konservative „stärker der historischen Situation Rechnung tragen“ und den Begriff „Nationalität“ verwenden.⁹⁷ Tatsächlich verbarg sich hinter diesen Begriffen im Gegensatz zu Wittrams Behauptung derselbe oben dargestellte fundamentale Gegensatz. Denn schwebte ersteren ein Recht vor, das universell für jede Minderheit gelten sollte, glaubten letztere, aufgrund ihrer Herkunft besondere historische Rechte für sich beanspruchen zu können.

Daß sich die konservative Sichtweise bei einem Großteil der Minderheit durchsetzen konnte, hing auch mit der erwähnten Furcht zusammen, durch Assimilierung aller spezifisch deutschen kulturellen und sittlichen Werte verlustig zu gehen. Die Sichtweise der „Minderheit“ reduzierte die Deutschbalten, ohne ihre kulturelle Bedeutung zu berücksichtigen, auf ihren zahlenmäßigen Bestand, und schien damit ihren Selbstbehauptungswillen zu untergraben. Repräsentativ für die Ablehnung dieses Begriffes sind Äußerungen wie:

„Vergessen wir nicht, daß das Wort Minderheit auch solch ein rationalistisches Gebilde ist, das glaubt, mit Nummern und Statistiken alles abmachen zu können. Kultur aber, und um die geht es uns, Gebilde des Geistes, lassen sich nicht zählen und in Kurven darstellen.“⁹⁸

Daß Minderheitenschutz einen rational begründbaren Interessenausgleich bedeutete, wurde nicht anerkannt, da man an rationalen Rechtsideen nicht interessiert war. Diese Haltung bot auch einen Anknüpfungspunkt für den bal-

96) WITTRAM, Rückblick auf den Strukturwandel (wie Anm. 18), S. 241.

97) WITTRAM, Liberal und Konservativ (wie Anm. 49), S. 227.

98) CARL SCHNEIDER: Die Stellung der baltischen Jugend innerhalb der gesamten deutschen Jugend, in: BM 62 (1931), S. 597–605, hier S. 604.

tischen Nationalsozialismus. Ganz im Sinne der genannten „älteren Rechtsquellen“, welche dem staatlichen Recht in einer unbestimmten Art übergeordnet wurden, behauptete der lettländische Nationalsozialist Erhard Kroeger 1933:

„Das Wort Minderheit ist für uns eine bedeutungslose mathematische Feststellung, aus der gewisse nützliche öffentlich-rechtliche Folgerungen gezogen werden können, nicht mehr, keineswegs die Grundlage des Lebensrechtes in unserem [sic!] Lande.“⁹⁹

Von hier aus war es nur noch ein kleiner Schritt zur Aufgabe jeden Rechtsgedankens in der Politik und zu einem Vertrauen auf den nationalen „Willen zur Macht“, mit dem das „Dritte Reich“ tiefen Eindruck auf die deutschbaltische Minderheit machte.¹⁰⁰

5. Melioritätsbewußtsein

Die neuen sozialen Gegebenheiten führten, insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene, zu gleichberechtigten Kontakten mit den Angehörigen der Mehrheitsbevölkerungen. Die in einem Streben nach Exklusivität manifesten Überreste alten „Ständedünkels“ sowie die Angst, derartige Kontakte könnten den eigenen kulturellen Selbstbehauptungswillen beeinträchtigen, ließen indessen neue Rechtfertigungen der Abgrenzung notwendig werden. An die Stelle von Bodenständigkeitsideologie und sozialen Bedingungen, welche eine solche Abgrenzung früher gewährleistet hatten, trat mehr und mehr die funktional äquivalente nationale Ideologie. Ein prägnantes Beispiel dafür, daß diese häufig nicht mehr als eine Neuinterpretation traditionell ständischer Abgrenzung war, sei Heinrich Bosses Plädoyer für ein stärkeres Melioritätsbewußtsein angeführt. Die Assimilierungstendenzen von Teilen der deutschen Minderheit kritisierend, bemerkt er, einzig das Gefühl, „etwas Besseres zu sein“, habe in den vergangenen Jahrhunderten das kulturelle Überleben der Deutschen gewährleistet:

„Dadurch, daß der baltische Deutsche schlechthin sich dem ‚Undeutschen‘ gegenüber (was beweist allein schon dieser Ausdruck!)¹⁰¹ nicht nur als etwas anders, sondern gerade als etwas Besseres dünkte, mit dem eine Verbindung als undenk-

99) ERHARD KROEGER: Nationalpartei der deutschen Balten. Baltischer Landesdienst. Was wir wollen, in: BM 64 (1933), S. 298–300, hier S. 299.

100) Vgl. ERHARD KROEGER: Über politische Inversion, in: BM 64 (1933), S. 91–97. Daß solche Konzepte jedoch wegen ihrer antichristlichen Stoßrichtung für viele Deutschbalten nicht annehmbar waren, zeigt z. B. HANS SCHULTZ: „Anti-Machiavell“, in: BM 64 (1933), S. 212–218.

101) Kommentar im Original. Daß Bosse hier in der historischen Deutung des Wortes „Undeutsch“ irrt, das ursprünglich keinerlei pejorativen Beigeschmack hatte, zeigt: PAUL JOHANSEN, HEINZ VON ZUR MÜHLEN: Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, 15), Köln, Wien 1973, bes. S. XXI.

bar erschien, vermochte er sein Volkstum zu retten, sei es auch unter gewaltigen Opfern an eigenem Blut, indem er alle, in denen das Melioritätsbewußtsein nicht mehr lebendig war, der Entnationalisierung preisgab.“¹⁰²

Dieses „aristokratische Lebensgefühl“ sei nun, da die Abgrenzung nicht mehr durch die gesellschaftlichen Umstände gewährt werde, doppelt wichtig.

Natürlich führte solch eine Haltung nicht zu einer Milderung des Nationalismus der Mehrheitsvölker. Daß der Nationalismus der Esten und Letten, welcher die Lage der Deutschen zunehmend erschwerte, durch diese Art Abgrenzung mitverantwortet wurde, man aber gleichzeitig nicht auf sie zu verzichten können glaubte, machte ein weiteres Dilemma der Minderheit aus. Herbert Girgensohn faßte dies prägnant zusammen, als er zwar beklagte, die Letten lernten ihre deutschen Mitbürger nur aus der „verzerrten Darbietung der chauvinistischen [lettischen] Literatur und Presse“ kennen, doch resignierend anschloß:

„Die meisten Versuche aber, aus dieser Isolierung hervorzutreten, eine wirkliche Fühlungnahme auf irgendeinem Gebiet des Lebens, z. B. der Schule, zu gewinnen, sind für uns schon deshalb indiskutabel, weil sie immer die Gefahr der Entnationalisierung in sich tragen. In der Stadt stehen wir vor der Alternative, entweder deutsch und isoliert zu bleiben, oder die Fühlung zu gewinnen und der Entnationalisierung zu verfallen.“¹⁰³

Die Betrachtung einiger Konsequenzen des deutschbaltischen „Melioritätsbewußtseins“ können auch für ein anderes wesentliches Problemfeld der deutschbaltischen Minderheit Aufschluß geben: die Berufsumschichtung. Eine wichtige Rolle in der deutschbaltischen Historiographie nimmt die Behauptung ein, die deutsche Jugend habe – insbesondere in Lettland – bedingt durch die antideutsche Politik nach 1934 stark eingeschränkte Chancen für einen beruflichen Aufstieg gehabt.¹⁰⁴ Es muß dazu jedoch bemerkt werden, daß die neue soziale Lage der Deutschbalten nach 1918 nicht nur ein Umdenken bezüglich der politischen Rolle forderte, die man in den neuen Staaten zu spielen beanspruchte, sondern ebenso ein Umdenken bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Rolle. War es etwa bis 1914 noch selbstverständlich gewesen, daß ein Deutscher mit Hochschulabschluß sein Auskommen fand, so war dies nun nicht mehr der Fall. Eine besonders egalitaristische, den Deutschen aber schädliche Art von „Quotenregelung“ führte Staatspräsident Ulmanis in den 30er Jahren in Lettland ein. Nach ihr sollte der Anteil der Deutschen auch in einigen freien Berufen, etwa Rechtsanwalts- oder Kaufmannstellen,

102) HEINRICH BOSSE: Melioritätsbewußtsein, in: BM 62 (1931), S. 102.

103) GIRGENSOHN, Über die Bedeutung der Bodenständigkeit des baltischen Deutschtums (wie Anm. 59), S. 128. Reinhard Wittram schrieb mit politischem Duktus von der Gefahr eines „Aufgehens im ‚lettischen‘ und ‚estnischen‘ Staatsgefühl“. WITTRAM, Liberal und konservativ (wie Anm. 49), S. 228.

104) Vgl. v. HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (wie Anm. 3), S. 42f.

nur noch ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechen.¹⁰⁵ Damit war der traditionelle Anspruch der Deutschen, einen Platz in der Gesellschaft einzunehmen, der ihrer historischen Bedeutung entsprach, endgültig hinfällig geworden.

Wollten die Deutschen weiterhin eine gewichtige Rolle in der Gesellschaft Estlands und Lettlands einnehmen, mußte eine grundlegende Berufsumschichtung stattfinden. Das deutsche Handwerk etwa befand sich in einer Krise, da nicht genügend Deutsche bereit waren, eine handwerkliche Ausbildung zu machen. Hier spielten durchaus noch „gewisse Standesgefühle“ und „gesellschaftliche Rücksichten“ eine Rolle, aus denen heraus „die praktischen Berufe eines Kaufmannes etwa oder – *horribile dictu* – eines Handwerkers“¹⁰⁶ nicht in Frage kamen. Allgemein mußte eine „Abneigung unserer Jugend gegen die handwerklichen Berufe“¹⁰⁷ konstatiert werden. Stattdessen wurde die Bedeutung einer akademischen Ausbildung lange Zeit überschätzt, obwohl sie häufig Arbeitslosigkeit nach sich zog. Daß dabei auch das Festhalten am alten „Melioritätsbewußtsein“ eine Rolle spielte, zeigt auch der Bericht der Estländischen Deutschen Kulturverwaltung auf der Kulturratstagung 1934. Es wurde festgestellt, daß akademische Bildung nicht mehr das höchste Ziel sein dürfe, häufig aber

„aus Ehrgeiz oder veralteten Anschauungen die Eltern ihr Kind auf den falschen Weg gebracht haben, wo es doch auf einem anderen Wege vielleicht zu einer geregelten Existenz gekommen wäre“.¹⁰⁸

Als der Situation angemessen kann also die Entscheidung des Kulturrats gelten, das Hauptgewicht auf die Mittelschule zu legen, die Gymnasien zu reduzieren und Fachhochschulen zu gründen.¹⁰⁹ Sie konnte aber in den letzten fünf Jahren vor der Umsiedlung keine bemerkenswerten Früchte mehr tragen. Für Lettland berichtet Wolfgang Wachsmuth von ähnlichen Bestrebungen der Eltern, ihren Kindern eine möglichst „hohe“ Bildung zu ermöglichen, sowie von einem „Mißverhältnis der Besucherzahl der deutschen Mittelschulen und der Fachschulen“.¹¹⁰

Die Ursachen für mangelnde Aufstiegschancen der Jugend müssen also auch in einer zu langsamen Einstellung auf die neue gesellschaftliche Situation

105) Vgl. GRUNDMANN, Deutschtumspolitik (wie Anm. 17), S. 728.

106) ERWIN E. AIDNIK: Zur nationalen und sozialen Lage des deutsch-baltischen Handwerkerstandes. Einseitige Betrachtungen eines Handwerkersohnes, in: BM 65 (1934), S. 243–257, hier S. 244.

107) BERND VON HEHN: Berufswahl und Berufsberatung, in: BM 65 (1934), S. 20.

108) Bericht des Präsidenten der Estländischen Deutschen Kulturverwaltung auf der Kulturratstagung am 25. November 1934, in: BM 65 (1934), S. 616–621, hier S. 618.

109) Vgl. ebenda S. 619f.

110) WOLFGANG WACHSMUTH: Von deutscher Arbeit in Lettland 1918–1934. Ein Tätigkeitsbericht, Bd. 2: Die autonome deutsche Schule 1920–1934, Köln 1952, S. 129. Mitverantwortlich für diesen Mißstand waren hier allerdings auch die hohen Vorbedingungen für eine wachsende Zahl von Berufen.

gesehen werden. Sie war durchaus auch durch die veraltete Vorstellung verschuldet, im Vergleich zu Esten und Letten besondere Qualifikationen für höhere Berufslaufbahnen zu besitzen.

6. Zwischen baltischer Tradition und großdeutschem Nationalismus: Der Generationskonflikt

Die Feststellung von Kontinuitäten im ideologischen Denken der Deutschbalten läßt die Frage aufkommen, inwieweit diese auch generationsübergreifend wirksam wurden. An welchen Werten orientierte sich die Jugend?

Wenn hier von einem „Generationskonflikt“ in bezug auf einen Zeitraum von immerhin 21 Jahren die Rede ist, so muß zunächst geklärt werden, von welchen Generationen die Rede sein soll und welche historische Trennlinie sie voneinander schied. Hans v. Rimscha schlug 1928 in einem provokanten Aufsatz die Grenze zwischen einer vor 1896 geborenen Vätergeneration und einer nach 1904 geborenen Söhngeneration vor.¹¹¹ Sie unterschieden sich dadurch, daß die Vätergeneration ihre persönlichkeitsprägenden Jahre in der Vorkriegs-, die Söhngeneration die ihren in der Nachkriegszeit erlebt hatte. Dazwischen befand sich die Kriegsgeneration – von v. Rimscha als die älteren Brüder bezeichnet – welche aber, durch Kriegsverluste und Auswanderungen stark reduziert, eine nur geringe Rolle spielte. Die Unterschiede zwischen den noch von der altbaltischen Ständegesellschaft geprägten „Vätern“ und den in der modernen Gesellschaft der beiden Republiken aufgewachsenen Söhnen erschienen einigen Zeitgenossen äußerst groß. Girgensohn bediente sich 1930 der drastischen Worte

„Das Haus ist ein Kampfplatz geworden, auf dem sich zwei Weltanschauungen oder, besser gesagt, zwei Welten begegnen und miteinander ringen.“¹¹²

Eine Durchsicht der Aufsätze in den „Baltischen Monatsheften“, die sich mit diesem Thema befassen, läßt dagegen den Eindruck aufkommen, daß es, zumindest in den 20er Jahren, nicht so sehr die Weltanschauungen, sondern eher die Lebensformen waren, die aufeinanderprallten. Hält man die „altbaltische“ Kritik an der Jugend neben die Selbstdarstellung und Selbstkritik der Jugend selbst, so zeigt sich, daß die Unterschiede auf der ideologischen Ebene unwesentlich waren. Natürlich fiel es der jüngeren Generation leichter, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, als ihren Eltern. Das städtische Leben war für sie nicht mit demselben Schockerlebnis des Verlustes ständischer Überschaubarkeit verbunden. Und schon wegen des früheren Eintritts in das Berufsleben konnten die traditionellen Bindungen für sie keine so große Rolle

111) HANS VON RIMSCHA: Väter und Söhne. Ein Beitrag zum Problem der Generationen bei uns Balten, in: BM 59 (1928), S. 271–284, hier S. 274.

112) HERBERT GIRGENSOHN: Haus und Jugend, in: BM 61 (1930), S. 101–109, hier S. 101.

mehr spielen. Sie fühlten sich, negativ ausgedrückt, hauptsächlich „dort gebunden, wo es sich um die nackte Existenz handelt“¹¹³, also etwa mehr im Berufsleben als in der Familie. Dieser Individualismus, von konservativer Seite als „Atomisierung und Bolschewisierung“ gebrandmarkt, scheint aber weitestgehend pragmatischer Natur gewesen zu sein. In einer „Ideologie des Individualismus“ schlug er sich nicht nieder. Im Gegenteil: Von beiden Seiten des politischen Spektrums aus wurde das Fehlen neuer Ideale bemängelt. Auf der einen Seite charakterisierte der Liberale v. Rimscha seine Altersgenossen in kritischer Absicht als „nicht individualistisch, unliberal und unromantisch“¹¹⁴, auf der anderen erstellte der Nationalsozialist Kroeger der akademischen Jugend die Diagnose, daß die „Wendung nach rückwärts, die Gegenwartsflucht“¹¹⁵ das Feld beherrschten. Die Absetzung von der Generation der Väter scheint in den zehn Jahren nach 1918 nicht so sehr in einer neuen Ideologie, sondern zunächst in einem Verlust der alten geistigen Inhalte gelegen zu haben. Stand die junge Generation im praktischen Leben schon auf dem Boden der neuen Gegebenheiten, so hatte sie es ideologisch noch zu keiner eigenen Orientierung gebracht. Da zudem die „Meinungsmultiplikatoren“, etwa Geistliche und Lehrer, hauptsächlich der Vätergeneration angehörten¹¹⁶, konnte noch 1928 behauptet werden: „die Generationen sind verschieden, die Ideen sind die gleichen“.¹¹⁷ Daß darin durchaus ein Konflikt lag, bemerkte v. Rimscha:

„Bisher haben die Söhne sich geistig ganz zu ihren Vätern bekannt . . . und haben deshalb ihre Heimat in der ‚guten Zeit vor 1914‘ gefunden; psychisch aber konnten sie ihrer Zeit nicht entfliehen, und so war der Zwiespalt da.“¹¹⁸

Vor dem völlig anderen Erfahrungshorizont der jungen Generation konnte sich diese Hinwendung zu den ideologischen Anschauungen der Väter in erster Linie in der Erkenntnis äußern, daß man aus „Herren des Landes zur schutzbedürftigen Minderheit“¹¹⁹ geworden war. Restaurative Lösungen für die Bewältigung des Alltags, wie etwa Stegmans Vorschlag, das ständische Element in der Volksgruppe zu stärken¹²⁰, mußten dagegen, gemessen an den gegenwärtigen Gegebenheiten, als schlichtweg anachronistisch erscheinen.

113) Ebenda.

114) HANS VON RIMSCHA: Noch einmal Väter und Söhne, in: BM 59 (1928), S. 548–551, hier S. 549. [Hervorhebungen im Original, D.F.]

115) ERHARD KROEGER: Zur Mentalität des baltischen Studenten, in: BM 59 (1928), S. 95–101, hier S. 98.

116) v. RIMSCHA, Väter und Söhne (wie Anm. 111), S. 276.

117) WOLDEMAR WULFFIUS: Alt- oder Jungbaltisch? In: BM 59 (1928), S. 3–8, hier S. 5.

118) v. RIMSCHA, Väter und Söhne (wie Anm. 111), S. 282.

119) KROEGER, Zur Mentalität des baltischen Studenten (wie Anm. 115), S. 100.

120) Vgl. Anm. 48.

Daher verlief die Suche nach neuen Inhalten in der Ideologie des Nationalsozialismus in den 30er Jahren bei der Jugend schneller und radikaler. Die oben dargestellten Identifikationsmuster bedurften für sie einer viel dringenderen Aktualisierung der Bedeutung als für ihre Eltern, weil sie sonst Gefahr liefen, gänzlich inhaltsleer zu werden. Die Durchsetzung von verfassungsstaatlichen Wertvorstellungen aber hatten die Väter nach den Worten v. Rimschas durch „die bei uns übliche geistige Bevormundung der Jugend“¹²¹ erfolgreich verhindert. Transformierte die ältere Generation ihre „altbaltischen“ Ideale Schritt für Schritt in entsprechende großdeutsche Identifikationsmuster oder nationalsozialistische Ideologien, so füllte die junge Generation lediglich noch die für sie leeren Hülsen überlieferter Wertvorstellungen mit neuer Bedeutung.

Von dieser Ausgangsposition aus überholten die Jungen Kritiker wie Girgensohn bald rechts. War etwa ein kantiger Individualismus bei den „Vätern“ durchaus noch ein positiver Wert gewesen, durch den die festgefügte Ständegesellschaft keinerlei Schaden genommen hatte, so mußte er unter den neuen Umständen als Gefahr für die Gemeinschaft erscheinen. Der Vorwurf des Individualismus wurde nunmehr gegen die Generation der Väter vorgebracht, und die Schaffung neuer Gemeinschaftsformen gefordert, „die neue historische Bindungen heraufzuführen geeignet sind“.¹²²

7. Erneuerungsbewegung und Nationalsozialismus

Für viele erschien somit eine nationalistische Ideologie bald als einzige Gegenwehr, um „Atomisierung der Gesellschaft, Entchristlichung weiter Kreise, Zerfall der Familie, weitestgehende Bindungslosigkeit, eine Umkehr der Wertordnung“¹²³ zu verhindern. In dem Maße aber, in dem die gesellschaftliche Realität dem nationalistischen und völkischen Wunschenken immer weniger entsprach, da der Zusammenhalt der Minderheit stetig abnahm, wurde der Ruf nach einer Einheit der Gesinnung immer lauter. Nur ein „weltanschaulich dichter und willensmäßig geschlossener Volkskörper“, eine „völkische Einheit, deren stärkster Kitt das täglich und vielfältig erneuerte Erlebnis der unlösbaren Schicksalsgemeinschaft des Volkes ist“¹²⁴, konnte in den Augen konservativ gesinnter Balten einen Ersatz für die früheren Bindungen liefern. Dieser aber blieb ein unerfülltes Ideal. Für viele war die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft nicht mehr als die Mitgliedschaft in einer Art Verein.¹²⁵

121) v. RIMSCHA, Väter und Söhne (wie Anm. 111), S. 279.

122) REINHARD WITTRAM: Die Generation von 1919, in: BM 59 (1928), S. 9–12, hier S. 11.

123) FRIEDRICH WORMS: Baltische Erneuerung, in: BM 62 (1931), S. 199–217, hier S. 204.

124) REINHARD WITTRAM: Zu Tag und Stunde, in: BM 69 (1938), S. 86.

125) Vgl. ebenda.

Als Konsequenz aus dieser Tatsache erschien eine einheitliche Erziehung notwendig für den Erhalt der „Volksgruppe“. Ältere, liberale Ansätze wurden endgültig verworfen:

„In der Manigfaltigkeit der Weltanschauungen wurde in der Regel kaum ein Fehler, oft dagegen ein Vorzug gesehen. ‚Der Schüler könne und solle sich seine eigene Meinung bilden.‘ Es kann heute daher niemand wundern, dass nicht wenige Absolventen der Schulen innerlich haltlos waren.“¹²⁶

1937 beschloß der Deutsche Kulturrat in Estland eine Vereinheitlichung der Erziehung der Jugend, und zwar nicht nur in, sondern auch außerhalb der Schule.¹²⁷ Zu diesem Zweck wurde in Estland der „Jugendbund“ gegründet, mit dem expliziten Ziel, eine „einheitlich erzogene, vollkommen einige, einmütige und uneigennützig ... Jugend“ heranzuziehen, auf deren „Boden eine fest zusammenhaltende Volksgruppe – eine Volksgemeinschaft erwächst“.¹²⁸

Obwohl der Ruf nach einer Gesinnungsgemeinschaft eine wichtige Voraussetzung für die positive Einschätzung des Nationalsozialismus war, waren die Postulate nicht primär politische. Gefordert wurde eine „durchgreifende innere Renaissance“, eine geistige und sittliche Erneuerung. Wie sehr hier auch die schon erwähnten religiösen Stilisierungen eine Rolle spielten, zeigen Formulierungen wie der „Kreuzzug nach innen“¹²⁹, welcher die Sendungsrolle nach außen ergänzen konnte. Die sogenannte „Erneuerungsbewegung“ (kurz: „Bewegung“) sollte die Grundlage für eine spezifische baltische Rezeption des Nationalsozialismus legen. Georg von Rauch bemerkt, daß man im Nationalsozialismus „nur eine Spielart dieser Erneuerungsbewegung“ sah und glaubte, „auf eigene Wurzeln zurückgreifen zu können, wenn man den ständischen Gedanken des Landesdienstes, eng mit christlichen Wertmaßstäben im öffentlichen und privaten Leben verbunden, mit dem Begriff der Volksgemeinschaft verknüpfte“.¹³⁰ Die Erneuerungsbewegung konzentrierte sich dabei – im Gegensatz zu den Nationalsozialisten – ausschließlich auf die Aktivierung innerhalb der Gesellschaft, etwa durch die in Lettland seit 1933 nach Siebenbürger Vorbild organisierten Nachbarschaften oder durch die Organisation eines „Landdienstes“, innerhalb dessen junge Leute freiwillig Arbeiten auf dem Land verrichteten.¹³¹

126) L. B. [WILHELM LENZ, HEINRICH BOSSE]: Um die Schule, in: BM 68 (1937), S. 1–3, hier S. 2.

127) Vgl. KURT MORITZ: Deutscher Kulturrat in Estland. Herbsttagung 1937, in: BM 68 (1937), S. 710–716, hier S. 713.

128) ERICH FABER: Baltisch-deutsche Jugend, in: BM 66 (1935), S. 305–315, hier S. 307. [Hervorhebungen im Original. D. F.]

129) WORMS, Baltische Erneuerung (wie Anm. 123), S. 204.

130) v. RAUCH, Geschichte der baltischen Staaten (wie Anm. 4), S. 142.

131) Vgl. HEINRICH BOSSE: Der deutschbaltische Landdienst 1933–1939 und seine Wurzeln, in: Reval und die baltischen Länder. Festschrift für Hellmuth Weiss zum 80. Geburtstag, hrsg. von JÜRGEN VON HEHN u. a., Marburg a. d. L. 1980, S. 149–170.

Sie fand weite Verbreitung: 1933, als in Lettland mit der „Nationalpartei“ die erste nationalsozialistische Partei gegründet wurde, konnte über die Delegiertenversammlung der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft bereits geschrieben werden:

„Es zeigt sich ... deutlich, dass sehr weite Kreise des baltischen Deutschtums heute auf dem Boden der Erneuerungsbewegung stehen.“¹³²

Eine Vorform der nationalsozialistischen Parteien im Sinne der „Erneuerungsbewegung“ war die „Baltische Bruderschaft“, gegen die es in den 30er Jahren zu zahlreichen Prozessen kam, da sich ihre Leitung in Deutschland befand. In Estland bildete sich die erste Gruppe baltischer Nationalsozialisten um Viktor von zur Mühlen-Eigstfer, die sich als „Baltische nationalsozialistische Bewegung in Estland“ bezeichnete.¹³³ Sie bekannte sich zum Führerprinzip, nicht aber zu antisemitischen und rassentheoretischen Grundsätzen.¹³⁴ Zwar gelang es Mühlen, 1933 kurz die Führung der „Deutschbaltischen Partei“ zu übernehmen. Er mußte sie aber wegen gravierender taktischer Fehler bald wieder niederlegen.¹³⁵

In Lettland wurde erst nach 1933 die „Nationalpartei der baltischen Deutschen“ gegründet, die von einem Kreis junger Balten – fast durchweg aus Familien der alten Führungsschicht¹³⁶ – um den Rechtsanwalt Erhard Kroeger getragen wurde. Sie hatte vielfältige Kontakte zu reichsdeutschen Nationalsozialisten¹³⁷, denen sie aber aus taktischen Gründen nicht formal unterstellt war. Nach ihrem Verbot 1934 arbeitete die Partei illegal weiter.

Obwohl die nationalsozialistischen Parteien in Estland und Lettland weitaus mehr Sympathisanten als Mitglieder hatten, gab es doch gewichtige Vorbehalte. Dabei wurden nicht nur taktische Gründe geltend gemacht, etwa, daß es unklug erschien, die Mehrheitsvölker durch nationalistische Parolen zu Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit zu provozieren. Besonders Angehörige der älteren Generation störten sich an der häufig ungerechten und polemischen

132) Politische Übersichten, in: BM 64 (1933), S. 585.

133) Vgl. JÜRGEN VON HEHN: Zur Geschichte der deutschbaltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland, in: ZfO 26 (1977), S. 597–650. Eine dem estnischen Staat positiv gegenüberstehende „liberal-demokratische Erneuerungsgruppe“ unter Siegmund Klau behandelt GEORG VON RAUCH: Politische Gruppierungen im Estländischen Deutschtum der 30er Jahre. Die Volksnationale Vereinigung, in: Jb. des baltischen Deutschtums 28 (1981), S. 135–156.

134) Vgl. v. HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (wie Anm. 3), S. 47.

135) Wesentlich war eine Solidaritätserklärung an die estnischen „Freiheitskämpfer“, die sogenannten „Vapsen“, welche sich sofort distanzieren. Vgl. v. RAUCH, Geschichte der baltischen Staaten (wie Anm. 4), S. 142.

136) Vgl. WITTRAM, Rückblick auf den Strukturwandel (wie Anm. 18), S. 243. Es handelte sich also keineswegs um gesellschaftliche Außenseiter.

137) Hier sind insbesondere Heydrich und Himmler zu nennen.

schen Kritik der Nationalsozialisten an der „Volksgruppenführung“¹³⁸ sowie an intriganten Methoden, mit denen insbesondere Kroeger versuchte, ihre Stellung zu schwächen. Darüber hinaus erschien vieles an ihren Organisationsformen und ihrer Technik des politischen Kampfes fremdartig und wirkte zudem beschleunigend auf den Zerfall der alten sozialen Strukturen.¹³⁹ Im Grunde verschafften die einheimischen Nationalsozialisten durch ihre Propaganda hauptsächlich den reichsdeutschen Nationalsozialisten einen Popularitätsgewinn, die aus der Entfernung und unter weitestgehender Verkennung der wirklichen Gegebenheiten idealisiert werden konnten. Hitlers machtpolitische Erfolge und die zunehmende Anerkennung, mit der auch die Regierungen Estlands und Lettlands ihm begegneten, machten großen Eindruck. Ein starkes Deutschland, so glaubte man, könne auch für das Auslandsdeutschtum eine verbesserte Verhandlungsgrundlage erwirken. (Diese Hoffnungen gingen bis zu der Vorstellung, die baltischen Staaten könnten unter ein deutsches Protektorat gestellt werden.¹⁴⁰) Außerdem täuschten die ideologischen Berührungspunkte über grundsätzliche Unterschiede, wie etwa das traditionelle baltische Streben nach Autonomie, hinweg. Die Bedeutung der „Volksgemeinschaft“ in der Politik, die antidemokratische und antikommunistische Grundhaltung sowie die Blut- und Bodenideologie hatten alle ihr Gegenstück im baltischen politischen Denken. Und im Gegensatz zum baltischen Nationalsozialismus erschien sein deutsches Vorbild nicht nur als rechtmäßiger Inhaber der staatlichen Gewalt in Deutschland, sondern als Deutschland selbst, als „Verwirklichung ... deutscher Volkseinheit“ (Joseph Lortz).¹⁴¹

Wie sehr aber auch der reichsdeutsche Nationalsozialismus als Form der Erneuerungsbewegung interpretiert wurde, macht die Antwort deutlich, mit der Axel de Vries, Chefredakteur der „Revaler Zeitung“, auf einen kritischen Artikel des Chefredakteurs der „Rigaer Rundschau“ Paul Schiemann reagierte. Schiemann hatte Einzelheiten des Programms der deutschen Nationalsozialisten kritisiert und gemahnt, als Opfer eines aggressiven russischen, lettischen und estnischen Nationalismus könnten die Deutschbalten „dieses Gift nicht plötzlich für einen Heiltrank halten, weil es von Volksgenossen kredenzt wird“.¹⁴² De Vries wandte dagegen ein, daß diese nationalistischen Einwände das Wesentliche verfehlten. Die Kritik an einem Programm werde der

138) Häufig wurden Anschuldigungen der deutschen Nationalsozialisten gegen das Weimarer System auf die baltische Situation übertragen. Vgl. WILHELM BARON FIRCKS: Mitarbeit? In: BM 64 (1933), S. 344–350, hier S. 347.

139) Vgl. WITTRAM, Rückblick auf den Strukturwandel (wie Anm. 18), S. 249. Die Nationalsozialisten wandten sich etwa gegen die alten studentischen Korporationen, Kroeger selbst trat folgerichtig aus der „Livonia“ aus.

140) Vgl. v. HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (wie Anm. 3), S. 66.

141) Zit. nach WITTRAM, Rückblick auf den Strukturwandel (wie Anm. 18), S. 240.

142) Zit. nach: REINHARD WITTRAM: Die baltischen Chefredakteure in Riga und Reval über den Nationalsozialismus, in: BM 62 (1931), S. 328–332, hier S. 330.

Bewegung nicht gerecht, deren eigentlicher Wert in ihrer „seelischen Kraft“ stecke.¹⁴³

8. Die Deutschbalten am Vorabend der Umsiedlung

Die Errichtung autoritärer Regime in Lettland und Estland 1934 beendete die parlamentarische Tätigkeit der Deutschbalten. In Estland gab es dennoch bezüglich der Kulturpolitik keine negativen Folgen. Die Kultur selbstverwaltung arbeitete im wesentlichen unverändert weiter, einzig die Jugendorganisationen mußten sich auflösen. In Lettland dagegen war mit Atis Kēniņš schon 1931 ein Gegner deutscher kultureller Autonomiebestrebungen Bildungsminister geworden. Im Zuge einer „Lettisierung“ der Kultur – ein Ziel, das durchaus dem nationalistischen Zeitgeist entsprach – wurde der Gebrauch der deutschen Sprache eingeengt und die Verwendung deutscher Ortsnamen verboten. Die Aufhebung des parlamentarischen Regierungssystems bedeutete hier das endgültige Ende der Schulautonomie, die Verwaltung des deutschen Bildungswesens wurde durch einen lediglich beratenden Referenten im Bildungsministerium ersetzt. Außerdem war die deutsche Minderheit zunehmend wirtschaftlichen Schikanen ausgesetzt, deren Höhepunkt die Auflösung und Enteignung der alten deutschen Gilden bildete.¹⁴⁴ Damit war die letzte Bastion der alten Ständegesellschaft genommen, nicht zu Unrecht verglich die „Baltische Monatschrift“ die Konsequenzen dieser Entscheidung mit denen der Agrarreform.¹⁴⁵

Natürlich muß der gesteigerte Nationalismus auch als Folge von gegenseitigen Reaktionen begriffen werden. Ließ die Einengung sowie die endgültige Zerstörung der alten Strukturen die Deutschbalten allzu schnell Zuflucht in einer großdeutschen nationalistischen Ideologie suchen, fürchteten die Letten einen „Vorposten Deutschlands“, der nicht mehr allein gegen die Sowjetunion gerichtet war.

Die Stärkung der Position Deutschlands in den Jahren 1938/39 führte gemeinsam mit der intensiveren Anlehnung an den „Mutterstaat“ auch zu einem Aufschwung des Selbstbewußtseins der deutschen Minderheit, der sich in Lettland unter anderem in einem neuen Autonomieplan der deutschen „Volksgruppe“ äußerte.¹⁴⁶ Dennoch wurde die Gleichschaltungspolitik Berlins, die gleich nach 1933 begonnen worden war, insbesondere von der älteren Generation abgelehnt. So sehr man sich mittlerweile mit dem „Reich“ identifizierte, so wenig wollte man sich von dort „fernsteuern“ lassen.¹⁴⁷ Hier war der traditionelle baltische Wunsch nach Autonomie noch wirksam, wenn auch ohne Er-

143) Vgl. ebenda, S. 331.

144) Vgl. v. HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (wie Anm. 3), S. 42.

145) Vgl. Politische Chronik, in: BM 66 (1935), S. 35.

146) Vgl. v. HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen (wie Anm. 3), S. 67.

147) Vgl. HANS VON RIMSCHA: Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich. Am Beispiel der Deutsch-baltischen Volksgruppe in Lettland, in: HZ 182 (1956), S. 29–63, hier S. 37.

folg. Die Einsicht, daß eine Unabhängigkeit von Deutschland, auch aufgrund des steigenden Einflusses der Nationalsozialisten unter den Jugendlichen, unmöglich geworden war, veranlaßte 1938 den Präsidenten der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft Lettlands, Erich Mündel, zum Rücktritt. Daß Kroeger in Berlin schon als „Volksgruppenführer“ auftrat, verhärtete nur noch die Fronten zwischen den „Volksgruppenführern“ und den Angehörigen der „Bewegung“. Trotz weitreichender ideologischer Annäherung wurde der Streit innerhalb der Minderheit immer heftiger geführt.

Daß die deutsche Minderheit durch die heimischen Nationalsozialisten also eher gespalten als geeint wurde – eine These, die von Rimscha der gegenteiligen Feststellung Richard Breyers bezüglich Polens gegenüberstellt¹⁴⁸ –, darf jedoch nicht als Hinweis auf eine Verminderung der Hinwendung, ja Loyalität zum „Reich“ gewertet werden. Zu stark hatte der „Mythos Hitler“ hier schon gewirkt, zu sehr das wachsende Gefühl eigenen Machtverlustes die Identifikation mit dem mächtigen „Mutterland“ gefördert. Die Bedrohung der Selbstbestimmung durch Estland und Lettland wurde gegenüber den aus den Gleichschaltungsbestrebungen des „Dritten Reichs“ erwachsenden Einengungen weit überschätzt.¹⁴⁹

Dabei war die Lage der Deutschbalten keineswegs hoffnungslos. Wilhelm Baron Wrangell schreibt rückblickend von einer politischen Atmosphäre in Estland, „die in keiner Weise geeignet [war], in der Volksgruppe Gedanken an eine Umsiedlung wachzurufen“.¹⁵⁰ Und selbst in Lettland, wo die Minderheit größeren Repressionen ausgesetzt war, waren nach einer Umfrage der Baltischen Historischen Kommission von 1958/59 die Perspektiven „immer noch recht gut“.¹⁵¹ Daß die Umsiedlung dennoch mit so geringem Widerspruch hingenommen wurde, war – neben der Furcht vor einer sowjetischen Invasion – sicher auch in der Ablehnung begründet, sich in Estland und Lettland als gleichberechtigte Minderheit einzugliedern. Nur durch die Identifikation mit dem nationalsozialistischen Deutschland ließen sich bestimmte elitäre Grundeinstellungen bewahren, die bei einem Aufgehen in den neuen Staaten hätten aufgegeben werden müssen. Durch sie aber fühlte man sich endgültig in der Volksgemeinschaft stärker verwurzelt als in der Staatsgemeinschaft. Dies war nicht zuletzt die logische Konsequenz der nationalistischen Umdeutung alter Ideologien. Und für die Befolgung des Hitlerschen Befehls sprach, daß er infolge des übersteigerten baltischen Missionsbewußtsein auch als „Befehl des Volkes“ und „Befehl Gottes“ erschien.¹⁵² Wenn die „Revaler Zeitung“ schrieb:

148) Vgl. ebenda, S. 50ff.

149) Vgl. ebenda, S. 35.

150) WRANGELL, Die Vorgeschichte der Umsiedlung der Deutschen aus Estland (wie Anm. 8), S. 138f.

151) Zit. nach: GRUNDMANN, Deutschtumspolitik (wie Anm. 17), S. 728.

152) Vgl. v. RIMSCHA, Die Umsiedlung der Deutschbalten (wie Anm. 1), S. 47.

„Wir gehen nicht deshalb fort, weil wir bis in diesen Herbst hinein den Glauben daran verloren hätten, in diesem Lande als Deutsche weiterleben zu können ... Wir gehen aus diesen Land, weil uns das deutsche Volk und sein Führer ruft“¹⁵³,

so scheint dies im Lichte der dargestellten Umorientierung doch mehr zu sein als nur die Befolgung von „Sprachregelungen“.¹⁵⁴

Doch nicht alle, die der Umsiedlungsaufforderung Folge leisteten, fühlten sich in diesem Maße dem „Führer“ verpflichtet oder wollten die Möglichkeit der Flucht nutzen. Für viele, die noch schwankten, wurde der starke Druck der Gemeinschaft zum ausschlaggebenden Grund, die Heimat zu verlassen. Den Bleibenden wurde von den örtlichen Nationalsozialisten mit dem Verlust der Volkszugehörigkeit gedroht. Ein an Umsiedlungsunwillige in Lettland gerichteter Handzettel forderte sie etwa zu der Erklärung auf:

„Ich erkläre mit dem heutigen Tage feierlich, daß ich, da ich als Deutscher nicht hier bleiben darf, Lette werden will und bleibe, daß meine Kinder Letten werden und bleiben, und ich als Überläufer zurückbleibe.“¹⁵⁵

Auch Versuche, über die Umsiedlung hinaus deutsche Gemeinden und Schulen im Land zu erhalten, wurden bekämpft.¹⁵⁶ Damit war die Entscheidung zu bleiben mit eben jener Entscheidung zur Assimilation gleichzusetzen, gegen die man sich 20 Jahre lang mit allen organisatorischen und ideologischen Mitteln zu wehren bemüht hatte.

Die altbaltischen Grundwerte, die sich stichwortartig mit den Begriffen „ständische Exklusivität“, „Autonomiestreben“, „Gemeinschaftsbewußtsein“, „Konservatismus“, „Kulturträgetum“ und „christliches Sendungsbewußtsein“ beschreiben lassen, ließen den Deutschbalten eine Assimilierung in den Staaten Estland und Lettland als nicht erstrebenswert erscheinen. Ein Festhalten an diesen Werten forderte aber zudem neue Ideologien, welche, dem ständischen Denken funktional äquivalent, ihr Weiterbestehen gewährleisten konnten. Dabei will es zunächst scheinen, daß eine anationale, das Volkstum betonende Ideologie gegenüber der nationalen den ursprünglichen baltischen Denkmustern näher kam. Doch die inhaltliche Nähe von Ideologien wie der des „Vorpostens im Osten“, des (ursprünglich ständischen) „Melioritätsbewußtseins“ oder der „Bodenständigkeit“ zu entsprechenden Ideologien unter nationalen Vorzeichen ermöglichte einen glatten Übergang zu einem Nationalismus großdeutscher Prägung. Er war der ständischen Ideologie insofern gleichwertig, als er eine neue Rechtfertigung für die Wahrung des alten Elitebewußtseins bot sowie den Erhalt oder die Renaissance alter Werte versprach.

153) Zit. nach: ebenda, S. 37.

154) So ARVED BARON TAUBE in der zusammengestellten Diskussion: Aussprache. Zu Fragen der Umsiedlung, in: Baltische Hefte 4 (1958), S. 241–249, hier S. 242.

155) Zit. nach LOEBER, Diktierte Option (wie Anm. 5), S. 173. [Hervorhebungen im Original. D. F.]

156) Vgl. v. RIMSCHA, Die Umsiedlung der Deutschbalten (wie Anm. 1), S. 39.

Die Erneuerungsbewegung stützte sich insbesondere auf letztere Hoffnung und verband sie mit dem leicht ins Autoritäre umzudeutenden Konzept der Gesinnungsgemeinschaft. Dagegen konnten sich Konzepte wie Schiemanns Theorie vom „anationalen Staat“ nicht durchsetzen, da sie eine gänzliche Aufgabe wesentlicher baltischer Werte mit sich gebracht hätten und auf einem völlig anderen Rechtsbegriff basierten. Beschleunigend kam hinzu, daß andere Identifikationsmuster durch die sozialen Veränderungen nach 1918 obsolet geworden waren und zudem die machtpolitischen Erfolge Hitlerdeutschlands nach 1933 auch eine Restauration der alten Machtstellung der Balten zu versprechen schienen.

Natürlich reicht eine rein ideologiengeschichtliche Betrachtung nicht aus, um zu klären, warum 1939 ein Großteil der Deutschbalten ihre Heimat verließ. Doch bietet sie eine dispositionelle Erklärung¹⁵⁷ für diese Entscheidung, zeigt also mentale Bedingungen auf, welche der Entscheidung zugrunde lagen. Sie muß folglich mit politischen und sozialen Primärursachen in Beziehung gesetzt werden. Auch will die vorliegende Arbeit als Ausgangspunkt und Anregung für weitere Forschungen verstanden werden. In der Kürze war es nicht möglich, eine gewisse Abstraktion und Verallgemeinerung zu vermeiden. Eine größere Rücksicht auf Unterschiede selbst innerhalb der konservativen Mehrheit der Deutschbalten könnte – auf breiterer Quellenbasis untersucht – auch hier verschiedene Typen zutage treten lassen, deren sich wandelnde Identifikationsmuster durchaus sehr unterschiedliche Züge aufgewiesen haben können. Zudem beschränkt sich diese Untersuchung auf die Personengruppe, bei der sich die genannten Wandlungen tatsächlich vollzogen. Die Mitglieder der Minderheit, welche still mit den Mehrheitsvölkern in nationaler Koexistenz lebten, tauchen schon aufgrund der Quellenlage nur als negative Größe, als alarmierende Beispiele einer fortschreitenden Assimilation in der „Baltischen Monatsschrift“ auf. Auch ist über jene Deutschen, die 1939 dem Ruf „Heim ins Reich“ nicht folgten – die berühmtesten waren Paul Schiemann und Hermann Koch –, kaum geforscht worden. Eine Untersuchung der Frage, welche Orientierungswechsel sich bei ihnen nach 1918 vollzogen, was ihre Identifikationsmuster wurden und was ihre Motive waren zu bleiben, ergäbe ein interessantes komplementäres Bild.

157) Vgl. THOMAS HAUSSMANN: Erklären und Verstehen: Zur Theorie und Pragmatik der Geschichtswissenschaft (stw, 918), Frankfurt a. M. 1991, S. 62ff.

Summary

*Dissociation or assimilation: Reflections on the change
of German-Baltic ideologies 1918–1939
based on the "Baltische Monatschrift" (Baltic Monthly)*

Although the resettlement of the Germans from Latvia and Estonia in 1939 must principally be regarded as a flight from the expansion of Bolshevism, this decision was facilitated by the fact that until then a large number of them had had difficulties in integrating themselves into the two republics as a minority with equal rights. Besides, Germany-centred views had become more and more dominant, especially during the 1930s.

Focusing on the *Baltische Monatschrift* (Baltic Monthly), this article examines the ideologies of those German Baltics who increasingly oriented themselves towards Germany in the period between the wars. It can be observed that their views undergo a change, characterized by the endeavour to maintain old Baltic class values in the new situation.

In the hierarchical society of the Baltic States, which continued to exist well into the 20th century, fundamental values such as "class exclusiveness", "aspirations for autonomy", the "sense of community", "conservatism", the notion of being the "support of civilization" and the "Christian sense of mission" were taken for granted. Under the conditions of the new republics, however, they seemed to be at risk. Retaining these values therefore demanded new ideologies which, functionally equivalent to the class thinking, would guarantee their continuation.

At first glance, it may seem that an anational ideology centered around ethnic traditions came closer to the original Baltic patterns of thought than a national one. However, the closeness of older views – such as the concept of the "Eastern outpost", the (initially class-conscious) "feeling of superiority", or the notion of "rootedness" – to the contents of corresponding national ideologies facilitated the smooth transition to Pan-Germanic nationalism. It seemed capable of taking over functions of the class ideology in so far as it provided a new justification for the preservation of traditional elitism, and furthermore promised the maintenance or renaissance of old values.

Liberal concepts such as Paul Schiemann's theory of "the anational state", on the other hand, did not gain acceptance, because they would have resulted in the complete loss of essential Baltic values.